Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

205 (27.7.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in uns. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 32.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 35.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 35.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 35.— monatlich. Einzelverkauf Werktags 1.50 Sonntags 2.— Mk.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Johe; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Druck und Verlag, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 205. — Donnerstag, den 27. Juli 1922 — Erstes Blatt.

Die Diktatur Poincaré.

ü. **Paris**, 23. Juli.

Das Schreiben Poincarés an die Reparationskommission stellt eine Willkürhandlung dar, wie sie selbst in der Geschichte der Nachkriegszeit unerhört dasteht. Noch vor wenigen Wochen konnte sich derselbe Poincaré nicht genug tun an der Betonung der vollständigen Urteilsunabhängigkeit der Garantie- und Reparationskommission; heute, wo diese Körperschaften, in denen der französische Einfluß überwiegt, sich anschicken, ein Gutachten abzugeben, worin sie notgedrungen einen kleinen Teil der Wahrheit — einen sehr kleinen nur, und auch den noch mit mannigfachen Klauseln und Einschränkungen! — zugeben müssen, worin sie vor allem durch die Wucht der Tatsachen gezwungen sind, die unerhörten Anstrengungen, die Deutschland täglich macht zur Erfüllung wahnsinniger Forderungen, mit einigen höflichen Worten — nicht viel mehr! — zu „würdigen", heute findet auf einmal der von der französischen Kammer zum Diktator bestellte Lothringer, daß Reparationskommission und Garantiekomitee eigentlich nur Hilfskörperschaften sind, die, wenn sie wie bis jetzt guten Willen haben, den Zwecken Frankreichs dienen und ihnen ein gutsitzendes Gerechtigkeitsmäntelchen umhängen können — die aber, wandelt sie einmal die Lust zu einer der Ansicht Poincarés entgegengesetzten Feststellung an, ohne weiteres beiseite geschoben werden.

Niemand, der Poincaré und die von ihm vertretene Politik kennt, wundert sich im mindesten über seinen ultimativen Brief, über den besonders englische Blätter so erstaunt tun. Es entspricht vollständig der machtpolitischen Einstellung der jetzigen französischen Machthaber. Etwas anderes aber ist es, ob der Gewaltschritt gerade im gegenwärtigen Augenblick psychologisch gerechtfertigt und nützlich erscheint. England fühlt sich durch die Entwertung der deutschen Mark als Folge der französischen Erpressungen mehr denn je bedroht. Weite Kreise des französischen Volkes selber sind erschreckt über das Gespenst der Vierhundertmilliardenschuld, das durch kein „Le boche paiera"-Geschrei mehr zu verscheuchen ist, sowie über das Viermilliardendefizit des ordentlichen Budgets, das dadurch nicht aus der Welt geschafft wird, daß es Finanzminister de Lasteyrie kurzerhand zu den von Deutschland zu bezahlenden Summen schiebt, so daß das ausgezogene Deutschland zu guter Letzt auch noch für all die himmelschreienden Mißbräuche in der französischen Verwaltung verantwortlich gemacht wird — ein taktischer Zug von seltener Unverschämtheit, der meines Wissens in der deutschen Presse nicht die gebührende Würdigung erfahren hat.

Der Widerhall, den der Schritt Poincarés in den französischen Blättern — sogar in den ihm sonst bedingungslos ergebenen — und in fast der gesamten englischen Presse erfahren hat, war denn auch so mißtönend, daß hinter den Kulissen allen Ernstes die Frage nach der eventuellen Nachfolgerschaft Poincarés aufgeworfen wurde. Ich will auf die mannigfachen Kombinationen, denen allen ein gewisser Wahrscheinlichkeitsgrad nicht abzusprechen ist, hier nicht weiter eingehen. Ich werde vielmehr die Frage zu beantworten suchen, die heute wohl für jeden Deutschen von brennendem Interesse ist, und an die sich vielfach größter Optimismus knüpft: Wie würde die Lage sein, wenn in Frankreich die radikale Linke den Sieg davontrüge, was in anderen Worten besagen will: Wenn der frühere Ministerpräsident Caillaux zur Herrschaft käme?

Zunächst: Eine solch grundsätzliche Aenderung in der französischen Politik ist bis 1924 wenigstens vollständig ausgeschlossen. Daran kann alle Erfüllung, und sei sie noch so peinlich, nichts ändern. Die jetzige Kammer fühlt in sich nicht das mindeste Interesse, an der Feststellung des guten oder schlechten deutschen Willens; sie verfolgt nur einen Zweck: Deutschland politisch zu unterjochen, das Deutschtum als einheitlichen Gedanken zu vernichten. Wirtschaftliche Gedankengänge liegen ihr im allgemeinen fern; lassen sie sich aber zufällig mit dem genannten Programm verbinden, oder fördern sie es gar, so sind sie natürlich als Bundesgenossen herzlich willkommen, ohne daß sie jedoch mehr als eine sekundäre Rolle spielen können.

Was aber wird nach zwei Jahren geschehen? Allem Anschein nach wird der nationale Block in seiner jetzigen Stärke nicht mehr in die französische Kammer einziehen. Die Gründe dafür wollen wir nicht untersuchen, sie liegen jedoch zum Teil wenigstens in einer andern Richtung, wie man in Deutschland vielleicht zu glauben geneigt sein mag.

Schon heute sind in Frankreich die Wahlvorbereitungen in vollem Gange, und manche Vorgänge der inneren Politik, die auch auf außenpolitische Fragen nicht ohne Einfluß waren, sind ohne weiteres als wahltaktische Schachzüge zu erkennen. So etwa die Bildung eines Linksblockes, der dissidente Radikale, Sozialisten und Kommunisten brüderlich vereinigt, und als dessen Organ die „Ere Nouvelle" angesehen werden kann. Bekanntlich tritt diese heterogene Vereinigung seit einiger Zeit mit aller Wucht für eine weitgehende politische Amnestie ein. Es erregte Aufsehen, als der frühere Ministerpräsident, der unter dem Regime Clemenceau-Tardieu unter Aberkennung gewisser politischer Rechte verbannte Caillaux zu einer regelmäßigen Mitarbeit in der „Ere Nouvelle" die Feder ergriff und die Politik des nationalen Blockes in den schärfsten Ausdrücken geißelte. Die bevorstehende Amnestie wird auch diesem „Pazifisten" wieder volle Freiheit gewähren, und die Zahl jener ist nicht klein, die in ihm den Minister sehen, der über die Zukunft Frankreichs entscheiden wird. Besonders dürfte es das Finanzelend sein, das dem in solchen Dingen immerhin sehr erfahrenen Caillaux früher zur Macht verhelfen wird, als es nach der allgemeinen innerpolitischen Lage möglich wäre.

Millionen von Deutschen erwarten von einem solchen Zeitalter die endliche Erlösung. Befreiung Deutschlands von unerträglichem Druck. Regelung des jetzigen Chaos von allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus unter Ausschaltung aller Machtpolitik.

Da mit großer Wahrscheinlichkeit — ich sage nicht mit Sicherheit — dieses Zeitalter einmal Wirklichkeit sein wird, ist es gut, sich schon heute die französischen Führer von morgen näher anzusehen, um zu erkennen, was Deutschland im günstigsten Falle von Frankreich zu vergegenwärtigen haben wird. Caillaux ist nach außen Realpolitiker. Das will besagen, daß er keinen phantastischen Zielen nachjagt, sondern kühl das Erreichbare anstrebt und alle seine Kräfte in dessen Dienst stellt.

Caillaux spricht es heute offen aus, daß Deutschland nicht imstande ist und auch in Zukunft nicht imstande sein wird, die ihm im Londoner Zahlungsplan auferlegten Summen zu zahlen. Er erhofft davon nicht einmal einen Bruchteil, da bares Geld seiner Ansicht nach überhaupt nicht mehr geliefert werden kann. Andererseits glaubt er, daß die französische Industrie deutsche Naturallieferungen, wie sie etwa in Wiesbaden vorgesehen wurden, nicht ertragen kann, ohne zusammenzubrechen. Es bleibt also als einziger Ausweg die Tilgung der interalliierten Schulden und engstes deutsch-französisches Zusammenarbeiten auf wirtschaftlichem Gebiet — der Gedanke war Caillaux von jeher teuer.

Sehen wir uns diese Zusammenarbeit einmal näher an. Deutschland wird in nicht allzu ferner Zukunft sich vielleicht damit zu befassen haben. Caillaux ist einer der deutschfreundlichsten Franzosen. Bessere Bedingungen, als er sie stellt, wird überhaupt kein Franzose je stellen. Wir können also an den seinen das absolute Maximum dessen erkennen, was Frankreich überhaupt an Entgegenkommen Deutschland beweisen wird.

Mit einem einigen, dem politischen Einfluß Frankreichs vollständig entzogenen Deutschland will auch Caillaux nicht verhandeln. Vorbedingung ist eine Zerreißung Deutschlands in mehr oder minder selbständige „Autonomien", von denen die westlichen, also der Rhein und die Pfalz, unter dem direkten Einfluß Frankreichs stehen müssen. Deutschland kommt hierbei Frankreich insofern entgegen, daß es diese Autonomien freiwillig schafft und die französische Interessensphäre am Rhein anerkennt. Deutschland wird schon heute das beste Unterpfand seines „guten Willens" dadurch geben, daß es eine Volksabstimmung in der Rheinprovinz veranstaltet. Dann wird Frankreich in einer öffentlichen Erklärung an alle Völker den Haß gegen Deutschland begraben, dann wird es alle Unbill vergessen, die ihm von den Boches angetan wurde. Dann wird wahrhaft Friede herrschen, dann ist der letzte Rest des deutschen Imperialismus, der heute noch üppig in die Blüte schießt, vernichtet, dann bricht ein goldenes Zeitalter an.

Ich wiederhole: So spricht der deutschfreundlichste Franzose, der Gegenpol Poincarés. Dies ist das Maximum an Mäßigung, derer Frankreich Deutschland gegenüber fähig ist. Wer in Deutschland von rechts nach links danach noch Optimist ist, huldigt einer Philosophie, die mit der Wirklichkeit schon rein gar nichts mehr zu tun hat.

Das Reich und Bayern.

Die letzten Kabinettsberatungen.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Das Kabinett hat sich gestern vormittag ausschließlich mit dem bayerischen Konflikt beschäftigt. Den Beratungen lag das Gutachten des Reichsjustizministers Dr. Radbruch zugrunde. Die Entscheidung darüber, ob der Konflikt zunächst durch Einberufung des Reichstages oder durch Entscheidung des Reichsgerichts gelöst werden soll, ist noch nicht gefällt. Die Meinungen des Kabinetts gehen in dieser Beziehung noch auseinander. Wie wir hören, neigen zwei Mitglieder des Kabinetts, die der Sozialdemokratie angehören, zu der Auffassung, daß der Reichstag einberufen werden müsse.

Um 6 Uhr nachmittags gingen die Beratungen des Kabinetts weiter, doch dürfte es noch zu keiner endgültigen Beschlußfassung kommen. Man wird vielmehr nur über die schon angekündigte formulierte Erklärung beschließen, in der die Reichsregierung ihre Stellungnahme gegenüber der Haltung Bayerns öffentlich darlegen wird.

Heute vormittag wird ein neuer Kabinettsrat unter Vorsitz des Reichspräsidenten stattfinden, der die endgültige Entscheidung über die gegenüber Bayern zu ergreifenden Maßnahmen bringen wird. Die Stimmung im Kabinett ist ernst, und man ist sich der Schwere des Konflikts und seiner Bedeutung voll bewußt, ist jedoch gewillt, mit aller Ruhe die Interessen und die Einheit des Reiches zu wahren. Man hofft in parlamentarischen Kreisen, daß auch die bayerische Regierung erkennen werde, sie habe verfassungsrechtlich einen Schritt begangen, der aufs schwerste die Einheit des Reiches gefährden muß. Man erwartet von der bayerischen Regierung, daß sie besonders auch der ernsten außenpolitischen Situation Rechnung trägt und den innenpolitischen Konflikt nicht zu einer Katastrophe treibt, die gerade für Bayern die schwersten Gefahren mit sich bringt. Wie stark die Einwirkung des bayerischen Vorgehens schon jetzt auf die Außenpolitik ist, geht daraus hervor, daß das Kabinett in seiner Arbeit fast völlig von der Lösung des bayerischen Konflikts in Anspruch genommen ist und daß die wichtigsten außenpolitischen Fragen, die gerade jetzt — am Vorabend der Londoner Konferenz — der Lösung zustreben, nicht mit der Sorgfalt behandelt werden können, deren sie jetzt bedürfen.

t. **Berlin**, 26. Juli. (Drahtber.) Die heute vormittag angesetzte Sitzung des Reichskabinetts hat um 11 Uhr begonnen. Es nahmen diesmal sämtliche Minister teil. Die Stimmen innerhalb des Kabinetts, die durch eine rein juristische Weiterverfolgung der durch den Münchener Schritt geschaffenen Lage vor dem Reichsgericht dem Konflikt seine Schärfe zu nehmen glauben, sind zahlreich. Die Aussprache, die zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler stattfand, dürfte zu einer deutlichen Umreißung der Maßnahmen geführt haben. Die angekündigte Einberufung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags hat mit den eingeleiteten Schritten unmittelbar nichts zu tun. Er ist erforderlich zur Feststellung darüber, ob die Mehrheit des Reichstags dessen Einberufung wünscht.

Optimismus in der bayerischen Regierung.

b. **Berlin**, 26. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In den maßgebenden Kreisen der bayerischen Regierung ist man, wie ihr Korrespondent aus zuverlässiger Münchener Quelle erfährt, verhältnismäßig optimistisch gestimmt. Man glaubt, daß sich bald eine glückliche Lösung des Konfliktes finden lassen werde. Besonderes Vertrauen hat man zu dem Eingreifen des Reichspräsidenten Ebert, von dem man hofft, daß er einen Weg finden werde, der auch für Bayern gangbar ist.

Das Urteil eines juristischen Sachverständigen.

b. **Berlin**, 26. Juli. (Eig. Drahtber.) Der Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Kahl, der der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei angehört, hat in einem Gutachten, das er in der deutschvolksparteilichen „Zeit" veröffentlicht, zu der bayerischen Verordnung Stellung genommen. Geh. Rat Kahl führt aus, daß die Berufung Bayerns auf den Artikel 48 nicht stichhaltig sei. Der Absatz 4 des Artikels setzte seinem ganzen Zusammenhang nach voraus, daß die Regierungen der Einzelländer nur dann das Recht zu Ausnahmeverordnungen haben, wenn von Reichswegen noch keine derartigen Verordnungen erlassen worden sind. Das ist aber, so führt der Verfasser weiter aus, in diesem Falle sowohl durch die Notverordnung des Reichspräsidenten als durch das nachfolgende Reichsgesetz zum Schutze der Republik geschehen. Nach dem übereinstimmenden Urteil der staatsrechtlichen Sachverständigen befindet sich also die bayerische Regierung in diesem Falle im Irrtum und gerade auf Grund des Artikels 48 habe der Reichspräsident das Recht, die Aufhebung der bayerischen Notverordnung zu fordern. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß die bayerische Regierung mit vollem Bewußtsein mit ihrer Verordnung sich an die Stelle eines von ihr anerkannten Reichsgesetzes setzen wolle. Für ein derartiges Vorgehen gebe es in der Reichsverfassung keine Grundlagen.

Scharfe bayerische Angriffe gegen Berlin.

München, 26. Juli. (Drahtber.) Im Landtag wurde heute die Interpellationen wegen der Beziehungen des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Hochverräters Freiherrn von Leoprechting zu gewissen Reichsstellen und besonders zu dem Münchener Reichsvertreter Grafen Zech besprochen. Die Interpellanten der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei erhoben schärfste Angriffe gegen die Berliner Methode, die Bayern nach Art eines feindlichen Auslandstaates geheim überwachen lasse, und forderten die Abberufung des Grafen Zech. Sie nahmen ferner gegen das Treiben des französischen Gesandten in München Dard Stellung.

Ministerpräsident Graf Lerchenfeld beantwortete die Interpellationen und führte dabei aus, daß von französischer Seite wegen des Leoprechting-Prozesses Vorstellungen in Berlin und München unternommen wurden, daß aber die Interessen Bayerns und des Reichs energisch wahrgenommen würden. Die Ergebnisse des Leoprechting-Prozesses ließen keinen Zweifel darüber, daß Leoprechting von einflußreichen Beamten in Berlin dazu benutzt worden sei, um geheime Nachrichten über die politischen Verhältnisse in Bayern zu erhalten. Das laufe auf eine politische Ueberwachung Bayerns hinaus, die unerträglich sei und gegen die die bayerische Regierung energisch in Berlin protestiert habe. Leoprechting habe von Reichsstellen im ganzen 30 000 M an preußischen Staatsgeldern und 10 000 M für seinen Nachrichtendienst erhalten. Was den Grafen Zech anlangt, so könne er nicht mehr das für eine ersprießliche Tätigkeit notwendige Vertrauen in München haben. Eine offizielle Stellungnahme der Reichsregierung zu der bayrischen Bitte um seine Abberufung liege noch nicht vor. Der Ministerpräsident erklärte, das Reichsinteresse gebiete, daß es nicht mehr vorkomme, daß hinter dem Rücken der bayrischen Regierung Berliner Stellen sich von Agenten politische Nachrichten über Bayern aus Bayern übermitteln lassen.

Während der nun folgenden Rede des Sozialdemokraten Ackermann, der die Interpellanten beschuldigte, den Leoprechting-Prozeß zu einer gehässigen Hetze gegen die Reichsregierung auszunutzen, kam es zu stürmischen Szenen.

Eine ernste Mahnung.

t. **Nürnberg**, 26. Juli. (Drahtber.) Der „Fränkische Kurier" bezeichnet die gegenwärtige Spannung zwischen Bayern und dem Reich trotz Krieg, Zusammenbruch und Revolution als die schwerste Belastung, welche die Einheit des Deutschen Reiches seit seiner Gründung von 1871 bis heute erfahren hat. Um der Gerechtigkeit willen müßte man offen gestehen, daß man das notwendige richtige Maß für das Wesen und die Stärke der politischen und wirtschaftlichen Faktoren zuerst in Berlin und dann in München verloren habe. Das genannte Blatt schreibt weiter, man dürfe insbesondere nicht, wenn man im Süden Bayerns mit der Einheit des Reiches leichtfertig spielt, im Norden dasselbe unglückliche Spiel im kleinen Maßstabe mitmachen und insbesondere nicht durch Ausrufung der Republik Franken, mit der man vor einem Jahre gerade in München in diesen Kreisen liebäugelte, die Bayern aus dem Reiche herausdrängen.

Das bayerische Handelsministerium.

w. **München**, 26. Juli. (Drahtber.) Wie halbamtlich mitgeteilt wird, bleibt das bayerische Handelsministerium, ohne daß der Regelung einer bevorstehenden Vereinfachung der Staatsverwaltung vorgegriffen wird, vorerst als selbständiges Ministerium bestehen. Die Leitung hat bis auf weiteres Graf Lerchenfeld übernommen. Mit der Stellvertretung ist Ministerialrat Dr. v. Meindl betraut worden.

Die Zusammensetzung des bayerischen Landtags.

t. **München**, 26. Juli. Nach dem Ausscheiden der Demokraten verfügt die Koalition noch über die 65 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und die 12 Stimmen des Bayerischen Bauernbundes, also über 77 von 158 Stimmen. Denkbar ist entweder eine Minderheitskoalition mit Unterstützung der 20 Mittelparteiler gegen die 48 Mitglieder der 3 sozialistischen Parteien oder die Aufnahme der Mittelpartei, 13 Deutschnationale, 6 Volksparteiler und 1 Hospitant der Deutschen Volkspartei, in die Koalition, die dadurch auf 97 Sitze verstärkt würde. Im Kabinett würde die Mittelpartei mit 1—2 Sitzen vertreten sein.

Unzutreffende Meldungen.

w. **München**, 26. Juli. (Drahtber.) Zu der Berliner Meldung über angebliche Vorbereitungen des Aktionsausschusses der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien zu einem evtl. Generalstreik und die Abschnürung Bayerns von den Rohstoffen und Kraftquellen des übrigen Reiches erklärt die „Münchener Post", daß hiezu nicht der mindeste Anlaß gegeben sei. Selbstverständlich habe die Leitung der Sozialdemokratie so gut wie jede andere Partei das Recht, in Anbetracht der außerordentlichen Lage in Beratungen über

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

sie einzutreten. Was man aber in dieser Meldung als Ergebnis schon im voraus verkünden zu dürfen glaube, sei lediglich Stimmungsmache und ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

w. **Berlin**, 26. Juli. (Drahtber.) Für die ebenso nichtswürdige wie dumme Hetze, die von gewissen Kreisen gegen die Reichsregierung betrieben wird, ist ein Telegramm bezeichnend, das ein rechtsstehendes Berliner Blatt heute Abend aus München veröffentlicht. Darin wird behauptet, die Reichsregierung arbeite einen Gesetzentwurf aus, der den Studenten jede politische Betätigung verbieten würde. In einem weiteren Entwurf sollen die Universitätsprofessoren durch Strafe der Entlassung gezwungen werden, zu lehren, daß die Republik die einzige und vernünftige Staatsform ist.

v. Calker lehnt ab.

t. **München**, 26. Juli. (Drahtber.) Der Universitätsprofessor v. Calker hat die an ihn ergangene Berufung an den Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches abgelehnt.

Neue Zeitungsverbote.

t. **München**, 26. Juli. Der „Völkische Beobachter" in München ist wegen eines Leitartikels „Der Typ der jüdischen Chefs" von der bayerischen Regierung auf 3 Tage verboten worden.

t. **München**, 26. Juli. (Drahtber.) Nach einer Verfügung des bayerischen Innenministers auf Grund der bayerischen Verordnung zum Schutz der Verfassung ist der „Miesbacher Anzeiger" für einen Tag verboten worden.

Das bayerische Echo.

Niemand, der die Verhandlungen über die republikanischen Schutzgesetze im Reichsrat und im Reichstage verfolgt hat, wird sich über die Ereignisse wundern, die sich in Bayern vollziehen. Bayern hat bei seinen Verhandlungen dem Schutzgesetz ein Unannehmbar entgegengesetzt und dieses Wort ist nicht nur von dem bayerischen Gesandten von Preger, sondern auch von den Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei klar und deutlich ausgesprochen worden. In Bayern scheint man jetzt dabei zu sein, dieses Unannehmbar in die Tat umzusetzen. Die angekündigten Maßnahmen laufen darauf hinaus, daß die Regierung Eingriffe des Reiches in ihre Justiz- und Polizeihoheit ablehnt oder praktisch gesprochen: daß sie die Befugnisse eines Reichspolizeiamtes nicht anerkennt und ebensowenig die Justizhoheit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik. Den Inhalt des Schutzgesetzes selbst will sie durch eine Verordnung übernehmen, die Rechtsprechung auf Grund des Schutzgesetzes aber in die Hand der bayerischen Volksgerichte legen.

Diese Maßnahmen, die die bayerische Regierung durchzuführen gedenkt, ergeben zunächst keinen unausgleichlichen Gegensatz gegen das Schutzgesetz des Reiches. Das Reichsgesetz zum Schutze der Republik ist noch nicht in Kraft getreten und die bayerische Regierung scheint sich auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für berechtigt zu halten, von sich aus Maßnahmen im Sinne des Schutzgesetzes zu treffen, wie es jener Artikel zuläßt, wenn Gefahr im Verzuge ist. Die bayerischen Maßnahmen würden dann also als eine Vorwegnahme der Reichsgesetze zu betrachten sein. Vielleicht genügt eine derartige Auslegung für die nächsten Tage. Auf die Dauer aber hält natürlich eine solche lediglich formale Stütze nicht stand, da sofort mit dem Inkrafttreten der Reichsgesetzgebung das Landesrecht zurückzutreten hat und insbesondere — ebenfalls auf Grund des Artikels 48 — Sondermaßnahmen der Länder auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft gesetzt werden müssen. Wenn also Bayern wirklich seinen Widerstand aufrecht erhalten, d. h. wenn es die Justizhoheit des Staatsgerichtshofes ablehnen und das Reichspolizeiamt nicht anerkennen will, so läßt sich dieser Kampf mit formalen Einwendungen nur sehr kurze Zeit führen. Nach dieser kurzen Zeit muß ein solcher Kampf sich mit scharfer Spitze gegen die Zentralgewalt des Reiches kehren und die Reichsregierung wie den Reichstag mit ihren verfassungsmäßigen Machtbefugnissen treffen.

Daß die Volksstimmung in Bayern sich gegen die Schutzgesetze wendet, kann keinem Zweifel unterliegen. Die Parteientscheidungen der letzten Tage beweisen das zur Genüge. Aber damit ist doch noch nicht gesagt, daß der bayerische Widerstand auch zu den letzten Konsequenzen fortschreiten wird. Es scheint, daß die bayerische Regierung sich mit der Absicht trägt, über ihre Sonderverordnung mit der Reichsregierung Verhandlungen zu beginnen, offenbar in der Hoffnung, eine Revision der Schutzgesetzgebung und eine Verständigung zu erzielen. Inwieweit dies im Bereich der Möglichkeit liegt, muß dahingestellt bleiben. Daß aber der Weg der Verständigung von beiden Seiten beschritten werden muß, ist ganz klar, wenn anders nicht das Gefüge der Reichseinheit aus den Fugen gehen soll. Daß das Gefüge leider schon gelockert ist, kann niemand mehr verkennen. Unter diesen Umständen würde jenes Land, das den ersten ernsthaften Schlag führt, den ganzen Bau ins Wanken bringen. Und deshalb wird sich Bayern sagen müssen, daß ihm unmöglich das Recht zustehen kann, seine Sonderwünsche auf Biegen oder Brechen durchzusetzen. Wir hoffen deshalb mit aller Bestimmtheit, daß die Grenze des parlamentarischen und verfassungsmäßigen Kampfes, den die Entschließung der Bayerischen Volkspartei in Aussicht genommen hat, unter allen Umständen auch innegehalten wird.

Soll es nicht auf Biegen oder Brechen kommen, so wird die Reichsregierung die unleugbar vorhandene sehr ernste Krisis mit sehr behutsamer Hand anfassen müssen. So wichtig wie der Schutz der Republik ist der Schutz der Reichseinheit, denn wenn diese verloren geht, so sind auch die Tage der deutschen Republik gezählt. Man muß verlangen, daß das Kabinett Dr. Wirth von diesem Gesichtspunkte aus die Verhandlungen mit Bayern führt. Und wenn das geschieht und Bayern Verständnis für seine berechtigten Wünsche findet, so wird das Echo aus Bayern den schneidenden Ton verlieren und sich wieder zu der freudigen Reichsbejahung zurückfinden, ohne die die deutsche Republik am ersten verloren ist.

Wie es Bismarck gemacht hätte.

Ein in Berlin lebender bayerischer Demokrat schrieb mir: Die demokratischen Abgeordneten des bayerischen Landtags machen den „Krieg" ihrer Regierung gegen Berlin nicht mit. Sie haben ihren Handelsminister Hamm veranlaßt, aus dem Kabinett auszutreten, womit, nebenbei gesagt, die bisherige Koalition in Bayern als gesprengt gelten sollte. In ihrer Kundgebung haben die bayerischen Demokraten ferner dargetan, daß der Weg, den ihre Regierung mit der Berufung auf Artikel 18 Absatz 4 der Reichsverfassung durch Erlaß einer Ausnahmeverordnung geht, ihnen unverständlich ist, weil es mit dem Sinn und Willen der Reichsverfassung unvereinbar erscheint, ein beschlossenes Gesetz durch eine Verordnung zu sabotieren. Rechtlich ist überhaupt auf seiten der Reichsregierung alles in der Ordnung, aber man glaube nur ja nicht, daß die Berliner Auffassung vor dem Urteil unserer inneren Geschichte, wenn sich die Gemüter einmal beruhigt haben werden, politisch und moralisch bestehen kann. Mehr als drei Viertel der bayerischen Bevölkerung fühlen sich durch das Gesetz zum Schutze der Republik überrumpelt und bedrückt. Zu diesen drei Vierteln gehören nicht nur die Mittelparteien und die Bayerische Volkspartei, sondern auch viele Demokraten, und der bleibende Vorwurf, den jeder Bayer, soweit er nicht zu der von Berlin disziplinierten Sozialdemokratie gehört, der Reichsregierung machen muß, ist der, daß sie sich auf die sogenannte innere Diplomatie nicht verstanden hat, als sie das Schutzgesetz vor den Reichsrat brachte. Schon damals hätte sie sich vorher mit den bayerischen Sonderwünschen verständigen sollen. Sie hat es darauf ankommen lassen, daß Bayern im Reichsrat überstimmt wird. Das war praktisch, aber nicht klug. Das war Machtpolitik, aber am unrechten Ort und zur falschen Zeit.

Wie hätte es wohl Bismarck, der größte deutsche Machtpolitiker, gemacht? Man gestatte zwei sehr aktuelle Erinnerungen an jene Zeit, als Bismarck mit den süddeutschen Regierungen im Kampfe lag, um sie in den norddeutschen Bund hineinzubringen: In den Briefen an seine Gattin findet sich unterm 16. November 1870 der Stoßseufzer, daß ihm die „deutschen Sachen" — er führte ja nebenher noch den Krieg mit Frankreich — die meiste Arbeit brächten. Aber er ließ sich diese innere Arbeit nicht verdrießen. So unerbittlich er war, wenn er sich in der vollen Macht fühlte (siehe die Einverleibung Hannovers in Preußen, obwohl diese ja auch mit „Recht" gar nichts zu tun hatte), so weich und nachgiebig konnte er werden, wenn er allzugefährliche Konflikte voraussah. Nun unsere zweite Reminiszenz: Im Tagebuch von Moritz Busch wird der Abend des 23. November 1870 geschildert, als Bismarck den Deutschen Bund durch den bayerischen Vertrag endgültig gesichert hatte. Busch erzählt: „Der Chef war mit den drei bayerischen Bevollmächtigten im Salon. Nach einer Viertelstunde etwa öffnete er die Flügeltür, steckte den Kopf mit freundlichster Miene herein und kam dann, als er noch Gesellschaft sah, mit einem Becher zu uns an den Tisch, wo er Platz nahm. Nun wäre der bayerische Vertrag fertig und unterzeichnet, sagte er bewegt, die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch. Er ließ Champagner bringen: Es ist ein Ereignis. Dann bemerkte er nach einigem Nachsinnen: Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es verlangt, sie hätten gemußt; und er kann recht haben mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute innerlich zufrieden waren — was sind Verträge, wenn man muß! — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Was fehlt, mag die Zukunft schaffen. Auch der König (von Preußen) war mit der Sache nicht zufrieden, er meinte, ein solcher Vertrag sei nicht viel wert. Ich aber bin anderer Ansicht. Ich rechne ihn zu dem Wichtigsten, was mir in diesen Jahren erreicht haben." So weich konnte der große „Eiserne" sein. So föderalistisch war der Preuße Bismarck, wenn er merkte, daß er mit dem Kopfe nicht durch die bayerische Wand kam. Dem Süddeutschen, dem Badener Wirth sollte es nicht möglich sein, sich mit Bayern ohne Beharren auf dem eigensinnigen „Rechtsstandpunkt" zu verständigen? Gewiß, die Verordnung der bayerischen Regierung kann nach Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung „außer Kraft" gesetzt werden. Das Reichsgericht kann angerufen werden. Ueberängstliche sehen schon die preußischen Kontigente der Reichswehr gen Oberbayern marschieren. Man sieht bereits den Bauernkönig Georg Heim in der Rolle des Andreas Hofer. Aber wäre nicht eine Verständigungskonferenz und ein neuer bayerischer Vertrag zum Schutze der Republik ein vernünftigerer Ausweg aus dem unzeitgemäßen Konflikt?

Dr. —r.

Auswärtige Staaten

Eröffnung des 22. Friedenskongresses in London.

London, 26. Juli. Gestern wurde in der Dienstwohnung des Londoner Oberbürgermeisters der 22. Internationale Friedenskongreß eröffnet. 500 Delegierte waren als Vertreter von 20 Nationen anwesend. Der König sandte ein Begrüßungsschreiben, in dem er seine Sympathie für die großen Friedensideale ausdrückte und ernstlich die Hoffnung aussprach, daß die Bemühungen des Kongresses mit gutem Erfolg gekrönt sein möchten. Der englische Kultusminister Fisher, der die Sitzung eröffnete, sagte, die Aufrechterhaltung des Friedens habe jetzt wie vor vielen Jahrhunderten immer im Wunsche der ganzen Welt gelegen und werde, so hoffe er, immer das ernste Ziel der englischen Regierung sein. Nachdem Fisher auf die Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege eingegangen war, erklärte er, es sei der Wunsch der englischen Regierung, daß Deutschland in diesem Jahre in den Völkerbund aufgenommen werde. Es liege nicht im Interesse der Zivilisation, wenn die Welt in zwei Lager, in das der Sieger und der Besiegten, geteilt werde. Die Gelegenheit sei günstig, die Welt von der Last der Rüstungen zu befreien.

Kampf um Mandate.

t. **Rom**, 26. Juli. (Drahtber.) Die Nachricht, daß der Völkerbundsrat die Mandate über Syrien und Palästina für Frankreich und England ratifiziert hat, ohne die italienischen Ansprüche auf das Recht der „Offenen Tür" und auf den Schutz der italienischen Arbeiter berücksichtigt zu haben, wird von zuständiger Stelle als falsch bezeichnet. Hinsichtlich Palästina werden die von Italien erhobenen Einwendungen und Vorbehalte von England anerkannt werden.

Kriegsschuld.

t. **London**, 26. Juli. (Drahtber.) Chamberlain teilte im englischen Unterhaus heute auf eine Anfrage mit, daß die Frage der Verurteilung der „deutschen Kriegsschuldigen" auf der nächsten Tagung der Völkerbundsversammlung erörtert werden sollte. Die jetzige Session des Unterhauses wird am 4. August geschlossen und die neue am 14. November eröffnet werden.

Poincarés Garantienpolitik.

b. **Paris**, 26. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Regierung ist bereit, das Moratorium für das Jahr 1922 zu bewilligen. Wenn jedoch die englische Regierung auf der Bewilligung eines Moratoriums auch für das Jahr 1923 bestehen sollte, so müßten nach Ansicht der französischen Regierung dafür besondere Garantien in dem von Poincaré angedeuteten Sinne von der deutschen Regierung gegeben werden.

Bonomis Ablehnung der Kabinettsbildung.

t. **Rom**, 26. Juli. (Drahtber.) Bonomi hat den Auftrag zur Kabinettsbildung abgelehnt, weil es ihm nicht gelang, die Demokraten zur Teilnahme an der Regierung zu bewegen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß nun ein Versuch mit Meda unvermeidlich geworden ist. Auch von Denava und Fera wird gesprochen. Da aber die Katholiken auf ihrem Beschluß, die Rechtsparteien von der Regierung auszuschließen, beharren, wird allem Anschein nach auch eine solche Kombination fruchtlos bleiben. In politischen Kreisen nimmt man an, daß dann schließlich de Nicola mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt oder daß der König noch einmal auf Orlando zurückkommen werde.

Der Ausschuß der demokratischen Parteigruppen hat heute vormittag eine gemeinsame Sitzung abgehalten. Sollten diese Gruppen sich einigen, so könnte die Krise als gelöst betrachtet werden.

Theater und Musik

„Jeremia", eine Tragödie von Paul Gurk, dem diesjährigen Kleistpreisträger, wurde durch die Vereinigten Stadttheater in Köln zur Uraufführung erworben.

Lebende Persönlichkeiten auf der Bühne. Vor dem Landgericht Berlin begann die Verhandlung in der Klage Wilhelms II. und Frau von Bötticher, der Gattin des früheren Staatsministers, gegen Emil Ludwig, den Verfasser des vielumstrittenen „Bismarck"-Dramas. Bei dem Prozeß wird es sich um die Entscheidung der grundsätzlichen Frage handeln, ob es einem Künstler erlaubt ist, noch lebende Personen auf die Bühne als handelnde Personen einer historischen oder frei erfundenen dramatischen Aktion auftreten zu lassen und kritisch zu charakterisieren. In dem noch nicht aufgeführten Drama Emil Ludwigs „Bismarck" treten Kaiser Wilhelm II. und Staatsminister von Bötticher mit als Hauptpersonen, aber nicht in guten Rollen, auf. In der ersten Verhandlung kam nur der Antrag auf eine einstweilige Verfügung zur Sprache, den die Kläger gestellt haben, um ein Verbot des Stückes zu erwirken. Der Vorsitzende machte den Vergleichsvorschlag, daß der Angeklagte auf Aufführung des Dramas und Erscheinen des Buches bis zur Hauptverhandlung verzichtet. Emil Ludwig erklärte sich bereit, die Aufführung bis dahin aufzuschieben, nicht aber das Erscheinen des Buches. Die Vertreter der klagenden Partei können aber hierauf nicht eingehen.

Kunst und Wissenschaft

Professor Walter Conz, Meisterlehrer an der Bad. Landeskunstschule und Leiter der Radierschule, feiert heute seinen 50. Geburtstag. — Der in Stuttgart geborene, weithin bekannte und geschätzte Künstler studierte in den Jahren 1891—98 auf der Karlsruher Akademie der bildenden Künste und wurde schon als Meisterschüler dank seiner hervorragenden Befähigung auf seinem Sondergebiet der Radierkunst mit der Stellvertretung des damals erkrankten Professors Krauskopf beauftragt. Im Jahr 1902 erfolgte dann auch als Nachfolger des Genannten die Ernennung Walter Conz zum Professor der Akademie. Als solcher hat er im Lauf der Jahre ungewöhnliche Erfolge in eigener, freier künstlerischer Tätigkeit sowohl als insbesondere auch als richtungweisende unermüdlich tätige Lehrkraft errungen. Dafür zeugen in dem einen Fall das große radierte Werk des Meisters, sowie seine zahlreichen Porträts, Stilleben und Landschaften, welch letztere sich durch zwingende Stimmung bei satter epischer Ausladung auszeichnen. Für die unbestrittene Domäne des in voller Arbeitskraft mit seiner bewunderungswürdigen Aufgeschlossenheit eines immer Jungen in bestem Sinn bedarf es kaum eines Hinweises: Jedermann kennt die untadelhafte und meistermäßige Beherrschung des technischen Problems, kennt die ungemein feinnervige, in sicherem Griff, wertestaffelnde Linienführung, die neben der Lichtverteilung den geheimen Reiz der Radierung ausmacht. Welche bedeutenden pädagogischen Werte, die sich gerade in unsern Tagen mit ihrem starken Hervortreten der Graphik auch wirtschaftlich in erfreulich überraschendem Maß auswirken, der Leiter der Karlsruher akademischen Radierschule und Fachklasse vermittelt, erhellt allein schon aus der großen Reihe der Schüler, von denen hier nur die weiter bekannt gewordenen Namen von Schinnerer, Barth, Münch, Kupferschmid, Dörr aufgeführt seien. — Der Fünfzigjährige, der auf voller Höhe seines überall anerkannten und durchgedrungen künstlerisch-schöpferischen Schaffens steht, darf der allseitigen freudigen und dankbaren Glückwünsche heute gewiß sein.

— v.

Plakat-Wettbewerb für die Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923. Für die im nächsten Jahre von Mai bis Oktober in Karlsruhe stattfindende große deutsche Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst ist ein Wettbewerb zur Erlangung eines Plakats ausgeschrieben worden. Berechtigt zur Teilnahme an dem Wettbewerb sind alle badischen und in Baden wohnhaften Künstler und Künstlerinnen. Das Plakat, das wirkungsvoll auf die Ausstellung hinweisen soll, kann in schwarz-weiß oder farbig (Lithographie, Höchstzahl 4 Farb.) hergestellt sein. Hoch- oder Querformat 58/87 cm. Text: Große Deutsche Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst Karlsruhe 1923. Mai—Oktober. Es sind 3 Preise im Gesamtwert von 10 000 Mk. ausgesetzt; davon entfallen auf den ersten Preis 5000 Mk., auf den zweiten Preis 3000 Mk., auf den dritten Preis 2000 Mk. Das Preisrichteramt haben Oberbaurat Prof. Dr. Billing, Prof. A. Kusche und Prof. Würtenberger übernommen. Die Einlieferungen müssen bis spätestens 1. Oktober 1922 in Karlsruhe, Westendstr. 81 erfolgt sein.

Amtliche Graphik. Im Auftrage des preußischen Staatsministeriums hat jetzt der Berliner Graphiker Tobias Schwab, der aus der Schule von Professor E. R. Weiß, hervorgegangen ist, ein besonders wohlgelungenes Beispiel amtlicher Graphik geschaffen. Die auf Grand des Gesetzes vom 15. Dezember 1920 über die Einführung einer Altersgrenze pensionierten Staatsbeamten erhalten bei ihrem Eintritt in den Ruhestand eine Urkunde, die ihnen für ihre „dem Staate in langjähriger und treuer Pflichterfüllung geleisteten Dienste den Dank und die Anerkennung der Staatsregierung" ausspricht. Dieser Urkunde hat nun Schwab eine schriftkünstlerische Form gegeben, die mit ihrer anständigen und klaren Haltung vielleicht dem einen oder dem anderen der Zwangspensionierten den Anblick seines „Entlassungsscheines" nicht ganz unerfreulich macht. (Wenn man das Quartblättle der badischen Staatsregierung, auf dem sie die Zuruhesetzung mitteilt, dagegen hält, möchte man ausnahmsweise mal Preußen als Vorbild empfehlen. Wozu haben wir denn Graphiker vom Ausmaß eines Gustav Wolf und Würtenberger? Die Red.)

Millionenerbschaft der Goethe-Gesellschaft. Fräulein Marianne Heyden in Essen hat ihr gesamtes Vermögen im Betrag von etwa 12 Millionen Mark der Goethe-Gesellschaft letztwillig vermacht. Nach einem mit der Weimarer Gebietsregierung geschlossenen Vertrage, erhalten die „Vereinigung der Freunde des Goethehauses in Weimar" und die „Goethe-Gesellschaft in Weimar" je die Hälfte des Erbes.

Um die Luxussteuer für Kunstwerke. Die Frage der Luxussteuerordnung für Kunstwerke wird wieder akut; der 12. Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat sich jetzt mit der betreffenden Regierungsvorlage beschäftigt und ihr nur mit knapper Mehrheit zugestimmt. Der Ausschuß hat die Vorlage insofern für die Künstler verbessert, als er die Luxussteuerfreiheit für Werke verstorbener Künstler, deren Verkauf unmittelbar durch Ehegatten, Abkömmlinge oder Eltern erfolgt, von 5 auf 20 Jahre nach dem Tode hinaufsetzte. Auf dem Gebiet von Graphik und Plastik ist eine Preisgrenze eingeführt worden, die die Werke in luxussteuerpflichtige und -freie scheidet. Zweimal im Jahre soll diese Preisgrenze in Beratung mit verschiedenen Fachvertretungen von der Regierung festgesetzt werden. Graphik und Plastik soll nicht mehr wie bisher im Kleinhandel, sondern beim Hersteller erfaßt werden. Waren die bisherigen Bestimmungen für Kunstwerke schon nicht einfach, so nennt die jetzigen der Künstlervertreter im Reichswirtschaftsrat, der Maler Otto Marcus, so verwirrend, daß ein ewiges Herumstreiten mit den Finanzämtern die Folge sein wird. Jedenfalls stehen diese Bestimmungen der Vorlage im Widerspruch zu dem Reichstagsbeschluß über die Luxussteuer, der den Schutz der hochwertigen deutschen Arbeitsleistung verlangt. Hoffentlich werden diese unhaltbaren Entscheidungen von Reichsrat und Reichstag noch unter die Lupe genommen. Die einzig richtige Lösung ist, Kunstwerke überhaupt von der Luxussteuer freizumachen. Man kann wirklich nicht glauben, daß die Entente sofort mit Sanktionen drohen wird, wenn die arme deutsche Kunst, für die die Preise hinter den sprunghaft anschwellenden Preisen der lebensnotwendigen Dinge in unheimlicher Weise hinterher hinken, von der Luxussteuer frei wird. Die wirtschaftliche Not trifft ja die freien Berufe am härtesten. Selbst den Kunsthandel sollte man hier frei lassen, denn viele Künstler sind heute auf den Vertrieb durch ihn angewiesen, und jede Belastung des Handels trifft da nicht den Käufer oder Händler, sondern den Künstler als schwächstes Glied in der Kette. Die Wegräumung der Luxussteuer könnte ihm wenigstens eine kleine Erleichterung bringen. (Solange Kunsthändler bis zu 45 Prozent des Verkaufspreises für sich einstreichen, brächte auch die Befreiung der Luxussteuer dem Künstler nichts als die Not. D. Red.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die „Tribuna“ veröffentlicht einen Brief Giolittis, worin dieser auf die große Gefahr einer Zusammenarbeit der Katholiken und Sozialisten hinweist und erklärt, daß entweder die neue linke Regierung den offenen Kampf gegen die Faszisten aufnehmen müsse oder aber sie werde von den Parteien gestürzt, welche die gegenwärtige Krise herbeigeführt haben.

Sozialistisch-faszistische Zusammenstöße.

t. **Mailand**, 26. Juli. Aus verschiedenen Gegenden Italiens treffen Nachrichten über neue sozialistisch-faszistische Zusammenstöße ein, die viele Opfer gefordert haben. So wurde in Lodi am Sonntag von den Kommunisten ein Faszist getötet. Da die Faszisten die Stadt besetzen wollten, mußte von Mailand aus polizeiliche Verstärkung entsandt werden. Auch in Rimini gab es verschiedene Schwerverletzte und Tote. Turiner Faszisten haben Dienstag in Brandizzo die Arbeitskammer in Brand gesteckt, und das kommunistische Vereinslokal verwüstet.

Ein faszistisches Manifest.

t. **Mailand**, 26. Juli. (Drahtber.) In einem Manifest der faszistischen Parteileitung wird mitgeteilt, daß der Partei jederzeit 700 000 Mann zur Verfügung stehen. Die faszistische Armee zähle viele Arbeiter und Bauern.

Der deutsch-italienische Vertrag über das deutsche Eigentum.

t. **Rom**, 26. Juli. (Drahtber.) Am Dienstag wurde der deutsch-italienische Vertrag über die Rückerstattung der während des Krieges sequestrierten deutschen Güter abgeschlossen. Deutschland verpflichtet sich bekanntlich zu einer ratenweisen Zahlung von 800 Millionen Lire. Die erste Rate ist am Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden fällig. Das beschlagnahmte deutsche Eigentum wird im Verhältnis der Ratenzahlungen zurückgegeben.

Rußlands Wunsch nach Separatverhandlungen.

t. **Berlin**, 26. Juli. Der stellvertretende Kommissar des Auswärtigen Litwinoff hat nach seiner Rückkehr aus dem Haag den Vertretern der Presse Mitteilungen über den Verlauf der Haager Konferenz und deren Folgen gemacht. Litwinoff sagte etwa folgendes: Die Haager Konferenz ist vielleicht die erste Konferenz in Europa gewesen, die mit der Absicht begonnen wurde, sie scheitern zu lassen. Er habe versucht, trotzdem im Haag zu etwas Positivem zu kommen und die Frage gestellt, ob die russische Regierung durch ihre Delegierten bestimmte Erklärungen abgeben könne. Bezeichnenderweise habe der englische Delegierte erklärt, daß das den Weg zu weiteren Verhandlungen öffnen könne, aber trotzdem habe dann die nichtrussische Kommission den Vorschlag abgelehnt. Auch der englische Delegierte habe sich dann in der Kommission für die Ablehnung ausgesprochen. Man habe in gewissen Kreisen der nichtrussischen Kommission gefürchtet, daß eine annehmbare Antwort aus Moskau eintreffen könne, die zur Uneinigkeit innerhalb der nichtrussischen Kommission führen könnte. Litwinoff betonte besonders, daß er niemals im Haag gesagt habe, daß Rußland auf Kredite verzichte. Die russische Regierung wird den Weg individueller Verhandlungen mit den einzelnen Regierungen suchen, denn der Versuch einer internationalen Regelung sei nach den Erfahrungen im Haag schon von vornherein zum Scheitern verdammt.

t. **Riga**, 26. Juli. Vor einigen Tagen ist hier, aus Moskau kommend, Zurupa eigetroffen, der zeitweise der Stellvertreter Lenins war, um demnächst nach Berlin weiterzureisen und dort für die Erweiterung und Realisierung des deutsch-russischen Vertrages Verhandlungen zu führen.

Ein Apell an das amerikanische Volk.

t. **Neuyork**, 26. Juli. (Drahtber.) Der „New York Herald“ richtet einen warmen Apell an das amerikanische Volk. So wie Amerika seinerzeit den Krieg entschieden habe, so solle es jetzt auch durch eine große Tat den Frieden endgültig wieder herstellen und den französisch-deutschen Differenzen ein Ende machen. Die völlige Gesundung der Verhältnisse in den Vereinigten Staaten hänge von der Gesundung Europas ab. Die Zeit für Präsident Harding, so sagt das Blatt, zu einer Lösung der europäischen Angelegenheiten zu schreiten, ist gekommen und wir fordern ihn auf, zu handeln. Zu einer vollständigen Beilegung der europäischen Konflikte ist es aber notwendig für Amerika, die Schulden zu streichen und Frankreich eine Garantie zu geben gegen einen unprovozierten deutschen Angriff, damit es abrüsten kann. Der Preis für einen wirklichen Frieden würde sehr klein sein. Gegenwärtig ist eine Lösung möglich, wenn nur der Präsident handeln will. Eine Botschaft von Amerika an Europa, in der er sagt, daß er zu Unterhandlungen über eine Lösung der Konflikte bereit ist, würde eine vollständige Umwandlung bedeuten. Das Programm ist vollständig klar. Der Weltfriede verlangt die Reduktion der Reparationen, die Reduktion der Schulden und die Reduktion der Rüstungen.

Die deutschen Kriegsschulden an Amerika.

t. **Neuyork**, 26. Juli. (Drahtber.) Senator Underwood hat seine schon bekannten Vorschläge über einen Ausgleich der deutschen Kriegsschulden in Amerika durch das im Besitze der Vereinigten Staaten befindliche deutsche Eigentum nunmehr dem Senat zur Besprechung und Entscheidung vorgelegt.

Englische Kohlen für die Vereinigten Staaten.

t. **Washington**, 26. Juli. Das amerikanische Schiffahrtsamt beabsichtigt, eine große Flotte von nicht im Verkehr befindlichen Schiffen in Dienst zu stellen, um englische Kohlen zur Verminderung der in Amerika herrschenden Kohlennot heranzuziehen. 40 Schiffe sind eingestellt und es sind Abmachungen getroffen, daß weitere 30 Schiffe englischer Herkunft gesichert werden.

Kemal Pascha erschossen.

w. **Tiflis**, 26. Juli. Gestern abend wurde der vorübergehend in Tiflis anwesende Kemal Pascha mit seinen beiden Adjudanten augenscheinlich von armenischen Terroristen auf der Straße erschossen.

Deutsches Reich

Vom Ueberwachungsausschuß des Reichstags.

w. **Berlin**, 26. Juli. (Drahtbericht.) Der Ausschuß behandelte heute die neue Besoldungserhöhung. Nachdem ein Vertreter des Reichsfinanzministers über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen, mit dem sich auch der Ausschuß des Reichsrates einverstanden erklärt hatte, berichtet hatte, stimmte der Ausschuß der Vorlage zu. Ferner stimmte er einer Erhöhung der Bezüge des Reichspräsidenten auf einen Jahresbetrag von 1,4 Millionen im Juni, 1,6 Millionen im Juli, 1,8 Millionen im August zu. Weiter wurde einem Antrag der Regierung auf Kreditbeihilfen des Reiches an die Wirtschafsbeihilfe der deutschen Studenten zugestimmt. Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern begründete diese Beihilfe, die ein unverzinsliches Darlehen von 15 Millionen Mark als Betriebskapital zur Erhaltung und zum Ausbau der Studentenspeisung, sowie einen Beitrag von 30 Millionen zur Darlehenskasse der deutschen Studentenschaft vorsehen.

Weinsteuererträge.

Die Eingänge aus der Reichsweinsteuer im Mai mit rund 121 Millionen Mark überstiegen die Eingänge des gleichen Monats im Vorjahr um rund 70 Millionen Mark; die Erträgnisse der Schaumweinsteuer stiegen um über 3 Millionen Mark auf 10,79 Millionen Mark; die Mineralwassersteuer brachte ein Mehr von 236 000 Mark.

Protokoll über die deutsch-polnischen Vorbesprechungen.

w. **Berlin**, 26. Juli. Die deutsch-polnischen Vorbesprechungen in Warschau haben am 20. Juli zur Unterzeichnung eines Protokolls folgenden Inhalts geführt:

1. Deutschland und Polen einigten sich über das Programm für die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen. Aus den 25 Punkten dieses Programms seien hervorgehoben: Die Frage der Liquidation des deutschen Eigentums in Polen, die Fragen, die sich aus Artikel 256 des Friedensvertrages (Uebergang des deutschen Staatseigentums an Polen) ergeben und unter die besonders auch die durch das polnische Vorgehen gegen die Ansiedler entstandenen Fragen fallen; zahlreiche Abrechnungsangelegenheiten und die Entschädigungsansprüche Polens an Deutschland und umgekehrt; das Wirtschaftsabkommen, die Liquidation des polnischen Moratoriums, die Regelung der aus dem polnischen Valutagesetz vom 20. 11. 1919 sich ergebenden Fragen, sowie die Regelung der Militär- und Zivilpensionen und zahlreiche andere Fragen.

2. Bezüglich der Ausfuhr wird Deutschland künftig Polen ebenso behandeln wie andere Länder, und auch die Preise für die nach Polen auszuführenden Waren nach denselben Regeln fixieren, die anderen Ländern mit niederigem Wechselkurs gegenüber angewandt werden. Eine Wirtschaftskommission, die bei den Verhandlungen gebildet werden wird, wird die Einzelheiten festsetzen.

3. Deutschland wird davon absehen, von den Pferden, die es gemäß dem Wiesbadener Abkommen vom 3. 6. 1921 an Polen liefert, die Pferde zurückzubehalten, die Polen den aus Polen abwandernden Optanten abgenommen hat. Dafür wird die Frage, ob Polen ein Recht hatte, die Optantenpferde zurückzubehalten, bei den deutsch-polnischen Verhandlungen von einer juristischen Kommission entschieden werden, und zwar mit rückwirkender Kraft.

4. Polen erklärt sich bereit, die Durchfuhr deutscher Waren nach Rußland und der Ukraine durch sein Gebiet zu gestatten; Einzelheiten werden von der Wirtschaftskommission bei den deutsch-polnischen Verhandlungen festgesetzt.

5. Polen wird unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um das Bromberger Abkommen vom 2. 11. 1920, auf Grund dessen Polen eine Anzahl Schiffe an Deutschland zurückzugeben und bestimmte Zahlungen zu leisten hatte, völlig durchzuführen.

Endlich wurde ein Reglement für die deutsch-polnischen Verhandlungen vereinbart, wonach zunächst sechs Kommissionen gebildet werden sollen. Die Verhandlungen beginnen am 1. September in Dresden.

Zum Rücktritt Dr. Düringers.

t. **Freiburg**, 26. Juli. (Drahtber.) Die Leitung der Freiburger Ortsgruppe der Deutsch-natl. Volkspartei teilt mit, daß Reichstagsabg. Dr. Düringer nur aus der Reichstagsfraktion der Deutsch-natl. Volkspartei ausgetreten ist. Von einem Austritt aus der Partei als solcher ist nichts bekannt. Eine demnächst in Würzburg stattfindende Tagung der süddeutschen Arbeitsgemeinschaft (die deutschnatl. Fraktionen von Baden, Bayern, Hessen und Württemberg) wird sich mit den Fragen, die mit den Austritten der Abgg. Düringer, Henning, Graefe und Wulle aus der Reichstagsfraktion zusammenhängen, befassen.

Deutschnationaler Einspruch gegen die Annahme des Memorandums des Garantiekomitees.

Berlin, 26. Juli. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge an den Reichstagspräsidenten Löbe eine Erklärung gerichtet, in der sie gegen die Annahme des Memorandums des Garantiekomitees durch die Reichsregierung schärfsten Einspruch erhebt und bemängelt, daß die Regierung die Zustimmung des Reichstages zu diesem Schritt, der wichtige Souveränitätsrechte preisgibt, nicht eingeholt hat. Die deutschnationale Fraktion verlangt angesichts dieser Sachlage die sofortige Einberufung des Reichstages.

Vom Luftverkehr.

b. **Berlin**, 26. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung gibt im „Staatsanzeiger“ bekannt, daß die Luftschiff Zeppelin G. m. b. H. in Friedrichshafen a. B. ermächtigt wird, ein starres Luftschiff von 70 000 Kubikmeter Gasrauminhalt zu bauen und zu Probeflügen in Deutschland verkehren zu lassen.

Bevorstehendes Ende des Schiffahrtsstreiks.

t. **Hamburg**, 26. Juli. (Drahtber.) Gestern nachmittag begannen im Arbeitsministerium erneut die Verhandlungen über den Schiffahrtsstreik. Sie führten nach halbstündiger Dauer zu einem voraussichtlichen Abschluß des Ausstandes. Die Parteien verpflichteten sich, in ihren Organisationen für die Annahme der Vereinbarung einzutreten und dafür zu sorgen, daß die Aufnahme der Arbeit in allen Seehäfen bis spätestens 28. Juli morgens erfolgt.

Aufdeckung einer nationalistischen Geheimorganisation in Altona.

w. **Altona**, 26. Juli. Wie der Polizeipräsident von Altona mitteilt, gelang es der Altonaer Polizei vor etwa 14 Tagen die Aufdeckung einer nationalistischen Geheimorganisation. Bis jetzt sind 2 Personen verhaftet worden. Die Akten sind durch den Oberstaatsanwalt in Altona bereits dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik übergeben worden. Den Beamten der Altonaer Polizei war aufgefallen, daß außerordentlich viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im Hafen Arbeit zu nehmen. Sie gaben an, auf Veranlassung eines Rittmeisters Raben nach Altona gekommen zu sein. Die Russen sind inzwischen ausgewiesen worden. Rittmeister Raben war im Baltikum Adjudant des Fürsten Awaloff-Bermondt, mit dem er freundschaftliche Beziehungen unterhielt. Er entsprach mit der Unterbringung der Russen in hiesigen Arbeitsstellen einem Wunsche des Fürsten. Raben unterhält und leitet eine Geheimorganisation namens „Rettende Hand“, die aus früheren Angehörigen eines Freikorps bestand. Der Polizeibericht veröffentlicht die Statuten dieses Vereins, in denen u. a. gesagt ist, es sei die Hauptaufgabe des Vereins, die deutsche Republik zu stürzen und eine Monarchie zu errichten. Raben war am Kapp-Putsch aktiv beteiligt und gehörte dann der Brigade Ehrhardt an. Er entfloh nach Ungarn, kehrte nach der Amnestierung zurück und war dann in der Orgesch, hierauf im oberschlesischen Grenzschutz tätig.

*

t. **Hamburg**, 26. Juli. Der Polizeichef von Altona teilt mit, daß nach § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik verschiedene Nummern der Zeitschriften „Hamburger Bürgerglocke“ und „Michel“ beschlagnahmt worden sind. Außerdem sind 5 Personen der Staatsanwaltschaft überwiesen worden.

Salzungen, 26. Juli. (Drahtber.) Das „Salzunger Tageblatt“ ist ohne Angabe eines Grundes von der Polizeibehörde auf fünf Tage auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik verboten worden.

Badische Politik

Die Versetzung des Lehrers Mühlthaler.

t. **Freiburg**, 26. Juli. Die Versetzung des Hauptlehrers Mühlthaler in St. Peter-Sägendobel nach Mannheim kam im Haushaltausschuß des Landtags zur Sprache. Die Versetzung erfolgte, weil in der Gemeinde ein vier Wochen lang dauernder Schulstreik eintrat, dadurch hervorgerufen, daß Hauptlehrer Mühlthaler keinen Religionsunterricht mehr gab und aus der Kirche ausgetreten war. Von dem Vertreter der Regierung wurde im Haushaltausschuß erklärt, daß der übliche Weg beschritten worden sei. Man habe Mühlthaler einen Wirkungskreis in Mannheim zugewiesen und ihn zur Mitversehung einer Unterlehrerstelle daselbst berufen, er erleide dadurch keinerlei Nachteile in Bezug auf seinen Gehalt und seine Stellung. Sobald eine Hauptlehrerstelle frei werde, könne sich Mühlthaler wieder melden, der mit der Regelung dieser Angelegenheit sich einverstanden erklärt habe. Gegen die Maßnahmen der Regierung wurden im Ausschuß keinerlei Einwendungen erhoben.

Denkschrift der badischen Forstverwaltung über die Holzversorgung.

t. **Karlsruhe**, 25. Juli. Dem Landtag ist soeben eine Denkschrift des Badischen Finanzministeriums über die Preisbildung auf dem badischen Rohholzmarkt zugegangen. In der Denkschrift werden eingehend Fragen der allgemeinen Preisbildung, des Einflusses der Staatsverwaltung auf die Preisbildung, in bezug auf die Holzversorgung, das Verkaufsverfahren und die Brennholzversorgung besprochen. Am Schluß der Denkschrift heißt es: Die Brennholzpreise in den Staatswaldungen sind als angemessen zu bezeichnen. Inwieweit die Nichtstaatswaldbesitzer die staatlichen Anschläge übernehmen wollen, liegt nach Aufhebung der Höchstpreise in ihrem freien Belieben. Gegen übermäßige Forderungen wird auf Grund der Verordnung über die Bekämpfung der Preistreiberei vom 8. Mai 1918 eingeschritten. Die fortschreitende Geldentwertung und die Preissteigerung der Kohle dürfen bei der Preisbildung des Brennholzes nicht unberücksichtigt bleiben, weil bei zu niedrigem Brennholzpreis die Brennholzerzeugung in den Nichtstaatswaldungen zurückgeht und die Bevölkerung, wie die Erfahrung lehrt, den Kohlenbezug ablehnt.

Durch das in den badischen Waldungen anfallende Brennholz kann der Kohlenmangel für den Hausbrand nicht annähernd ausgeglichen werden. Selbst die Durchführung der Notstandsversorgung bereitet in den besonders gefährdeten Bedarfsbezirken große Schwierigkeiten. Die durch den Kohlenmangel an Kohlen hervorgerufene und durch die anhaltende Kälte des vergangenen Winters verschärfte Brennstoffnot kann infolgedessen nur durch eine Verstärkung der Kohlenzufuhr, durch sorgfältige Rationierung der Kohle unter Berücksichtigung des dringendsten Bedarfs des Hausbrandes und der lebenswichtigsten Betriebe einigermaßen befriedigend behoben werden.

Zeitungsverbot.

Die in Buchen erscheinende Tageszeitung „Der Odenwälder“ ist wegen des Korrespondenzartikels „Das Urteil eines amerikanischen Republikaners“ in Nr. 164 auf Grund des Artikels III der zweiten Verordnung zum Schutze der Republik auf die Dauer von einer Woche verboten worden.

Verschiedene Drahtmeldungen

Fehlernten im deutschen Westen.

w. **Berlin**, 26. Juli. Infolge der großen Trockenheit während der Zeit von Mai bis Mitte Juli ist in weiten Gebieten des Westens eine vollkommene Fehlernte zu verzeichnen, die besonders in großen Teilen der Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz zu Notständen geführt hat. — In Berücksichtigung dieser Verhältnisse hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nach Besprechung mit den zuständigen Landesstellen eine wesentliche Ermäßigung des für die preußische Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und Rheinhessen ursprünglich festgesetzten Getrideumlagesolls verfügt.

Rückkehr Dr. Michaelis aus Ostasien.

t. **Berlin**, 26. Juli. (Drahtber.) Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis ist heute früh, begleitet von Dr. Heim von seiner Ostasienreise zurückgekehrt. Bei der Rückfahrt hat er einige Wochen in den Vereinigten Staaten zugebracht.

Der deutsche Botschafterposten in Moskau.

t. **Moskau**, 26. Juli. (Drahtber.) In der Presse wurde dieser Tage zur Frage der Besetzung des deutschen Botschafterpostens in Moskau mitgeteilt, daß der frühere Außenminister Dr. Brockdorff-Rantzau für diesen Posten ausersehen sei. Die „D. A. Z.“ erfährt von unterrichteter Seite, daß die Frage der Besetzung des Botschafterpostens in Moskau noch nicht erörtert worden sei.

Sieben Milliarden Hochwasserschäden in Vorarlberg.

Innsbruck, 26. Juli. Der Gesamtschaden der Hochwasserkatastrophe in Vorarlberg beläuft sich auf sieben Milliarden Kronen.

Großfeuer in Plagwitz.

w. **Leipzig**, 26. Juli. (Drahtber.) In der chemischen Fabrik Dr. Heinrich König u. Co. in Plagwitz brach heute früh ein Großfeuer aus. Große Mengen Benzin und Chemikalien gerieten in Brand. Sämtliche Leipziger Feuerwehrzüge waren zur Brandstelle beordert.

Ein sonderbarer Bruder.

w. **Leipzig**, 26. Juli. (Drahtber.) Als heute früh eine Anzahl württembergischer Turner durch die Südstraße in der Richtung auf den Hauptbahnhof marschierten, trat an die Turner ein Mann heran, der sich später als ein angeblicher Drogist Hans v. Grabow legitimierte. Er rief ihnen zu: „Ich bin international! Ich will mit euch verbrüdern!“ Da die Turner nicht auf ihn achteten und ruhig ihres Weges zogen, gab er plötzlich aus seinem Revolver drei Schüsse auf sie ab. Nur durch Zufall wurde niemand getroffen. Der Mann wurde sofort überwältigt und durch hinzukommende Polizeibeamte nach der Wache gebracht. Ob der angegebene Name richtig ist, steht noch nicht fest. Auch ist der Zweck seines Verhaltens noch nicht geklärt. Er schien etwas angegriffen zu sein. Die Ermittelungen werden fortgesetzt.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen usw.

Aus dem Bereich des Landesfinanzamts, Karlsruhe. Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.

Ernannt.

Der Regierungsinspektor Piel und der ehemalige elf.-lothr. Grenzpolizeikommissär Satz in Karlsruhe (LFA) zu Steuerinspektoren; der Steuersekr. Herold in Freiburg und der Steueraspirant Schäfer in Lahr zu Obersteuersekretären; der ehem. elf.-lothr. Regierungskanzlist Röhl in Offenburg, der ehem. elf.-lothr. Bauschreiber Walzinger in Tiengen und der Steuerbetriebsassistent Biehlmann in Lörrach zu Steuerassistenten; die Steuerwachtmeisterdiätare Biehler in Pforzheim, Christ und Behrle in Freiburg, Hirt in Osterburken, Meister in Wiesloch, Schmidt in Breisach und Werner in Baden zu Steuerwachtmeistern.

Versetzt.

Der Regierungsrat Geppert in Cassel nach Bruchsal; der Steuerinspektor Eckert in Pforzheim (FA. Stadt) nach Pforzheim (FA. Land); die Obersteuersekretäre Spieß in Darmstadt nach Freiburg und Stumpf in Weinheim nach Mannheim; die Zollassistenten Eckert in Konstanz nach Schwetzingen, Herr in Wintersdorf nach Waldshut und Hornung beim Hauptzollamt Konstanz zum FA. Konstanz unter Ernennung zu Steuerassistenten; die Steuerassistenten Bläß in Brühl nach Kappelwindeck, Geißler in Offenburg nach Bühl, Renk in Bretten nach Durlach, Schweikert in Durlach nach Bretten und Wagner in Karlsruhe nach Wiesloch.

Zurnbegesetzt.

Der Steuersekretär Ganter in Seckenheim, die Steuerassistenten Honold in Grötzingen und Wacker in Neckarbischofsheim.

Auf Ansuchen entlassen.

Der Steuerassistent Wagner in Philippsburg.

Entlassen.

Der Steuerwachtmeister Lamm in Offenburg.

Gestorben.

Regierungsrat Rettinger in Karlsruhe (LFA.).

Abteilung für Zölle und Verbrauchssteuern.

Versetzt.

Die Zollamtmänner Siefer von Ueberlingen nach Waldshut und Stetter von Schaffhausen nach Kehl; die Oberzollinspektoren Geisel von Karlsruhe nach Lörrach, Götzmann von Kehl nach Waldshut, Würth von Singen nach Waldshut; die Zollinspektoren Eckert von Karlsruhe nach Freiburg, Link von Karlsruhe nach Basel, Sinner von Donaueschingen nach Karlsruhe und Widmeyer von Basel nach Donaueschingen; die Oberzollsekretäre Balles von Karlsruhe nach Schaffhausen, Becker I von Heidelberg nach Konstanz; die Zollsekretäre Boos von Waghäusel nach Heidelberg, Dietrich I von Mannheim nach Schwetzingen, Geiger von Bühl nach Achern, Giesler von Meersburg nach Hornberg, Görndt von Jestetten nach Waldshut, Hanemann von Konstanz nach Immenstadt, Hermann von Lahr nach Mannheim, Lepszy von Emmendingen nach Gleiwitz, Lüder von Wolfach nach Hornberg, Nagel von Unteruhldingen nach Bruchsal, Peterson von Waldkirch nach Ueberlingen, Rieger von Breisach nach Pforzheim, Rösch von Mannheim nach Herbolzheim und Wagner von Schwetzingen nach Bretten; der Zollassistent Schenzer von Heidelberg nach Mannheim.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Steuer und Standort der wirtschaftlichen Unternehmung.

Richard Malteur, Karlsruhe.

Wir erinnern uns alle, wie es im Rahmen der den Ländern und Gemeinden überlassenen Steuergesetzgebung und Steuerordnung in den Jahren vor dem Kriege Staaten und Städten möglich war, die Ortswahl bei der Niederlassung oder Ansiedlung eines Unternehmens zu beeinflussen. Hauptsächlich wurde Industrie und Handelsbetrieben gegenüber davon Gebrauch gemacht. Hatte eine Stadt kostspielige Verkehrsanlagen wie Hafenanlagen, Vorort- und Straßenbahn geschaffen oder bot die Ausnützung von Wasserkräften durch ein Elektrizitätswerk die Möglichkeit reichlicher elektrischer Krafterzeugung, deren Be- und Ausnützung in der Weise steigerungsfähig war, daß die Ertragsteigerung im größeren Maße wuchs, als die damit verbundene Steigerung der Betriebs- und Unterhaltungkosten, so suchte sie Unternehmungen anzusiedeln, die dieser Anlagen bedurften. Neben dem Verkauf von Gelände zu mäßigem Preis, das durch rechtzeitigen Ankauf seitens der Stadt der Spekulation entzogen war, wodurch zwangsläufig eine Steuerermäßigung, nämlich die in Prozenten vom Veräußerungswert erhobene Steuer auf Grundstücksübertragungen —Reichssteuer, Staatssteuer und Gemeindezuschlag — eintrat, gewährten die Gemeinden häufig auf eine Reihe von Jahren Steuerfreiheit oder Ermäßigung hinsichtlich der von ihnen sonst erhobenen Abgaben. Andererseits bildeten sich auch Orte heraus, die durch ihr gesamtes Gemeindesteuerwesen den Zuzug von Rentnern und Privaten begünstigten. Daneben bildete die unterschiedliche Steuergesetzgebung der Staaten von vornherein die Möglichkeit, daß ein vom wirtschaftlichen Standort, der in der Hauptsache von der Geländebeschaffung, dem Rohstoffvorkommen oder Bezug, der Arbeiterbeschaffung und Verkehrslage zum Bezugs- und Absatzgebiet bestimmt wird, unabhängiges Unternehmen seine Ansiedlung nach steuerlichem Gesichtspunkte wählte, wenn nicht gar die steuerlichen Vorteile gegenüber einem andern Land, die dort gebotenen wirtschaftlichen überwogen.

Bei den Begründungen zu verschiedenen Reichssteuergesetzen der letzten Jahre fehlte nicht der Hinweis auf diese Vorgänge, die durch eine gleichmäßige Besteuerung im Reichsgebiet unterbunden würde. Die davon betroffenen Kreise sahen auch keinen Ausweg in dieser Richtung und viele Unternehmungen wurden einseitig in die Richtung der Aenderung der Unternehmungsform gedrängt. Da lebte die Kommanditgesellschaft auf, oft sogar mit einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung als persönlich haftender Gesellschafter, G. m. b. H.-Gründungen mit dem Mindestkapital von 20 000 Mk. sind trotz der Geldentwertung an der Tagesordnung, wie aus den Veröffentlichungen der Handelsregistereintragungen hervorgeht und alte angesehene Familienunternehmungen flüchten sich zur Aktiengesellschaft. Zugegeben sei von vornherein, daß bei den beiden letzten Erscheinungen vielfach nicht allein steuerliche Gründe mitwirken.

Allmählich macht sich aber außer der Nichtachtung der Geldentwertung bei der Steuergesetzgebung, der eigentlich nur die Einkommensteuergesetzgebung zeitweilig Rechnung trägt, auch der mittelbare rauhe Eingriff in die Betriebswirtschaft bemerkbar. So wie dem Steuergesetzgeber die Mark eben einfach die Mark geblieben ist, so hat die oft eilige Steuergesetzgebung auch die Beachtung der Auswirkung nach der betriebswirtschaftlichen Seite vermissen lassen. Beispiele zeigen uns das augenfällig.

Die Kohlensteuer ist eine Wertsteuer von 40 Prozent. Ein Unternehmen mit einem Kohlenverbrauch von 420 000 Mk. zahlt dadurch allein 120 000 Mk. Steuer (40 Prozent von 300 000 Mark). Kann dieses Werk elektrische Kraft verwenden und durch Erwerbung einer Wasserkraft selbst erzeugen, so kann es unter Zugrundelegung der Kapitalisation des Kohlenverbrauchs von 420 000 Mark zu 5 Prozent für diese Wasserkraft bis zu 8,4 Millionen Mark anlegen. Das Unternehmen macht sich dadurch unabhängig von einer weitern steuerlichen Belastung, die nicht nur eintritt durch eine Erhöhung des Steuersatzes, sondern infolge der einer Wertsteuer anhaftenden Wirkung auch schon durch die Erhöhung des Kohlenpreises. Erwirbt das Werk die Wasserkraft billiger, als oben errechnet wurde, so arbeitet es unter günstigeren Bedingungen als die mit ihm im Wettbewerb stehenden und auf Kohlenbezug angewiesenen Unternehmungen. Andererseits trägt bei einem Erwerbspreis in obigem Betrage das Werk die Gefahr der rechnerischen Entwertung, die eintritt, wenn der Kohlensteuersatz ermäßigt wird oder der Kohlenpreis sinkt.

Ein anderes Beispiel bietet die Lage inländischer oder nicht an Warenbörsenplätzen ansässiger Warengroßhändler, die sich eines Zwischenhändlers an einem Hafen- oder Börsenplatz bedienen. Die Errichtung einer eigenen Einkaufsstelle an dem betreffenden Platz zur Ersparung der durch die Umsatzsteuerpflicht des Zwischenhändlers entstehenden Verteuerung kann daraus hervorgehen; denn nur im Falle die mittelbare Besitzerlangung seitens des Zwischenhändlers vorliegt, ist sein Umsatz steuerfrei.

Auch Deutschlands Anteil am Veredelungsverkehr kann einschneidend betroffen werden, wenn die Aufwendungen durch die steuerliche Belastung der dem Veredelungsverkehr dienenden Betriebe in Deutschland die Betragshöhe überschreiten, zu der im Ausland die Bearbeitung vorgenommen werden kann.

Wie schon die Luxussteuer die Trennung von Betriebs- und Verkaufsunternehmung zur Ersparung von Steuer gebracht hat, so liegt weiterhin die Möglichkeit vor, daß ein inländisches Exportunternehmen seine Betriebsstätte im Inland läßt, aber seine Verkaufsstelle, die zum Selbstkostenpreis, allenfalls zuzüglich eines Aufschlages, die Erzeugnisse erhält, nach dem Ausland verlegt.

Es sind erst Anzeichen solcher Folgen der Steuergesetzgebung da, die sich durchaus nicht allein im Rahmen dieser Beispiele bewegen. Es genügt aber, sie jetzt schon zu erkennen, um im Interesse der Steuergerechtigkeit zu warnen, die Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse bei der Steuergesetzgebung zu unterlassen.

Der Deutsche Lehrerverein und die staatsbürgerliche Erziehung.

Der Zeitungsdienst des D.L.V. teilt mit:

Die deutsche Reichsverfassung schreibt in Artikel 148 vor, daß „in allen Schulen ... staatsbürgerliche Gesinnung zu erstreben ist" und daß Staatsbürgerkunde Lehrfach der Schulen ist. Um Notwendigkeit und Sinn dieser Bestimmungen ist in den Beratungen der Verfassunggebenden Versammlung in Weimar, auf der Reichsschulkonferenz und an zahlreichen andern Stellen verhandelt worden. Am 5. Juni hat der Deutsche Lehrerverein auf seiner Vertreterversammlung nach gründlicher Vorbereitung in allen seinen Zweigvereinen die gleiche Frage beraten: Staatsbürgerkunde — staatsbürgerliche Erziehung — Reichsverfassung. Der neue Volksstaat hat dem Volke eine ausschlaggebende Macht gegeben und sein Geschick liegt in den Händen aller seiner Bürger. Daraus ist ihm die Pflicht erwachsen, dieses Volk bis auf den letzten Mann und die letzte Frau staatsbürgerlich zu schulen und zu ertüchtigen, eine doppelt notwendige Pflicht gerade bei unserm Volke, dessen politische Begabung und Erfahrung leider nicht allzu groß ist. An der Erfüllung dieser Aufgabe hat sich die Schule mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu beteiligen. Das ist die Forderung und Versprechen der deutschen Lehrerschaft.

Mit besonderer Ausführlichkeit und Sorgfalt wurden dann in Vortrag und Aussprache die Mittel und Wege der staatsbürgerlichen Erziehung herausgearbeitet. Alle Unterrichtsfächer haben unbeschadet ihrer Eigenart nach Möglichkeit der staatsbürgerlichen Bildung zu dienen. Der Einführung des staatsbürgerlichen Unterrichts in Form eines besonderen Lehrfaches in der Volksschule wurde nicht zugestimmt, nicht etwa aus Unterschätzung staatsbürgerlichen Wissens, sondern einmal aus der Besorgnis heraus, daß dieser Weg allzu leicht zu einer Häufung unkindlicher Stoffe, zur Darbietung abstrakter Lehrsätze und zur Anwendung eines katechetischen Lehrverfahrens verführe, dann aber aus den Gedanken der modernen Arbeitsschule heraus. Alle Bewegungen der neuen Zeit — mögen sie sich auf den äußeren Aufbau oder auf die Leitung des Schulwesens erstrecken, oder sich die innere Umgestaltung der Schule zum Ziele setzen — stehen unter dem Leitgedanken der staatsbürgerlichen Erziehung. Staatsbürgerliche Kenntnisse sind gewiß notwendig, notwendiger aber ist, daß die Kinder durch den Geist des gesamten Unterrichts und durch eine arbeitsschulmäßig und arbeitsgemeinschaftlich eingestellte Unterrichtsweise mit Arbeitsgesinnung, Arbeitswilligkeit und Arbeitsfreude erfüllt und zu tätiger Hingabe an die Gemeinschaft veranlaßt werden. Aber die Gemeinschaft sinkt zur Masse herab, wenn nicht jedes einzelne Glied zur höchsten Entfaltung seiner Kräfte geführt wird: staatsbürgerliche Erziehung setzt persönliche Tüchtigkeit voraus.

Alle Arbeit der Schule aber muß vergeblich sein, wenn durch die Zersplitterung der Schulen nach konfessionellen und weltanschaulichen Gesichtspunkten den Schülern täglich das Bild der Zerrissenheit und Gegensätzlichkeit vor Augen geführt wird. Die Versammlung nahm deshalb folgende Entschließung an: „Die Volksschule kann ihren vollen Anteil an der staatsbürgerlichen Erziehung der deutschen Volksschuljugend nur dann mit vollem Erfolge leisten, wenn der staatsbürgerlich gerichtete Unterricht in Zielsetzung, Aufbau und Ausgestaltung der Schule die Einheit des Volkes und Staatsganzen widerspiegelt und so den lebendigen Untergrund für den Staat und sein Leben und Sein bildet. Die deutsche Einheits- und Gemeinschaftsschule, die dem freien erziehungswissenschaftlichen Schaffen Raum gibt, ist diejenige Schule, die dem deutschen Volke und Staate am sichersten ein staats- und volksbewußtes Geschlecht zu erziehen vermag."

Deutscher Studententag.

t. **Würzburg**, 26. Juli. Im weiteren Verlauf des hier abgehaltenen IV. Deutschen Studententags wurde die neue Verfassung, die künftig den Namen „Satzung" tragen soll, erledigt. Bei einer Stimmenthaltung wurde einstimmig der erste Teil der Verfassung angenommen, der lautet: „Die deutsche Studentenschaft besteht aus den deutschen Studentenschaften der Hochschulen des deutschen Sprachgebiets.

Der zweite Teil gelangte bei vier Enthaltungen gegen eine Stimme in folgender Fassung zur Annahme: „Die reichsdeutschen Studentenschaften müssen die Mitgliedschaft mindestens allen vollimmatrikulierten deutschen Reichsangehörigen deutscher Abstammung und Muttersprache gewähren. Die auslandsdeutschen Studentenschaften regeln ihre Zusammensetzung selbständig. Die Entscheidung der Zusammensetzung ist herbeizuführen auf Grund allgemeiner, geheimer, direkter Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit. Zur Abstimmung zugelassen sind alle im Sommersemester 1922 vollimmatrikulierten Studierenden folgender Gruppen: 1. Studierende deutscher Abstammung und Muttersprache; 2. Studierende, die sich zur deutschen Kultur bekennen und am 1. Juli 1914 im Gebiet des derzeitigen Oesterreich, Deutsch-Südtirol bezw. der Sudetenländer ansässig waren.

Im dritten Teil wird betont, daß die Studentenschaft an dem Aufbau der deutschen Hochschule mitarbeitet und daß Fragen des Religionsbekenntnisses und der Parteipolitik von der Verhandlung ausgeschlossen sind. — Bei der Gesamtabstimmung gelangte die ganze Satzung zur einstimmigen Annahme. Anwesend waren 82 % aller Stimmen der deutschen Studentenschaften.

Der Vorstand der deutschen Studentenschaft hatte an die hier zusammengetretene Versammlung ein längeres Schreiben gerichtet, in der die Tatsachen niedergelegt sind, die ihn bestimmten, nicht nach Würzburg zu kommen. In dem Schreiben wird betont, daß die Einberufung der Würzburger Tagung durch Instanzen erfolgte, die hierzu nicht berufen waren. Seit drei Jahren habe der Vorstand der deutschen Studentenschaft alle Wege beschritten, um eine gerechte und für alle deutschen Studenten erträgliche Organisationsgrundlage zu schaffen, aber alle diese Versuche seien an den antisemitischen Gruppen zerschlagen. Der Vorstand stellt nochmals fest, daß ein Aufbau der deutschen Studentenschaft, der ganz oder teilweise auf dem Rassenprinzip erfolgt, im Rahmen der Selbstverwaltung unmöglich ist und die nationale und kulturelle Idee einer deutschen Studentenschaft verneint.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Mittwoch, den 26. Juli 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
	mm					
Hamburg	761.5	12	W	mäßig	wolkig	2
Danzig	754.6	17	W	mäßig	bedeckt	0
Berlin	762.4	12	WNW	stark	bedeckt	8
Frankfurt	—	—	—	—	—	—
München	767.1	12	W	mäßig	wolkig	0
Kopenhag.	756.4	14	W	leicht	Regen	7
Stockholm	752.8	15	NW	schwach	wolkig	1
Haparanda	761.2	17	NO	frisch	heiter	0
Skudenes	758.3	12	NW	mäßig	wolkig	1
Valentia	—	—	—	—	—	—
Paris	767.9	14	WSW	leicht	halbbd.	0
Toulouse	767.7	15	—	still	wolkls.	—
Zürich	767.7	11	SO	leicht	wolkls.	1
Wien	766.4	14	W	mäßig	wolkig	1
Spitzbergen	—	—	—	—	—	—
Jan Mayen	764.5	3	NW	leicht	wolkig	0
Bäreninsel	—	—	—	—	—	—
Seydisfjord (Island	757.5	10	SO	frisch	wolkig	1

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7[30]

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	13	17	9	S	leicht	bedeckt	0.5
Königstuhl Seehöhe 563 m							
766.7	9	13	8	S	leicht	Nebel.	0.5
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
767.3	14	17	12	SW	schwach	halbbd.	0.5
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
767.2	14	16	12	SW	mäßig	bedeckt	0.5
Badenweiler Seehöhe 420 m							
—	13	15	11	W	leicht	halbbd.	0.5
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	11	14	6	—	—	heiter	0
Villingen Seehöhe 712 m							
768.9	10	14	9	S	leicht	wolkls	0
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
657.1	6	7	4	N	leicht	halbbd.	0

Allgemeine Witterungs-Uebersicht.

Die vorübergehende Aufheiterung des südwestlichen Hochdruckgebiets über Frankreich hat in Süddeutschland teilweise Aufheiterung und trockenes Wetter gebracht. Die Besserung der Witterung wird jedoch nicht von Dauer sein, da über dem Ozean ein neues kräftiges Tiefdruckgebiet vordringt, unter dessen Einfluß die Witterung Zentraleuropas allmählich gelangen wird.

Wetteaussichten für Donnerstag, den 27. Juli: Zunächst heiter, trocken, später wieder Trübung und Regen bei auffrischenden südwestlichen Winden.

*

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	26. Juli		25. Juli
Schusterinsel	3.25 m		2.87 m
Kehl	3.73 m		3.59 m
Maxau	5.59 m		5.54 m
„	— m	mittags 12 Uhr	5.55 m
„	— m	abends 6 Uhr	5.55 m
Mannheim	4.65 m		4.72 m

Briefkasten

L. Sch. in. E. Weißer Emaillack kann auf einen braun lackierten Herd nicht aufgetragen werden. Die Farbe würde nicht halten und abplittern. Der braune Herd müßte auseinander genommen, die Farbe abgebrannt, neu emalliert werden. Am besten verkaufen Sie den braunen Herd und kaufen einen neuen weißen.

WANZEN
kann jedermann auf die billigste Weise durch Ausräuchern der Räume mit meinem neuen A. S.-Verfahren unter Garantie vertilgen. Man verlange ausführl. Belehrungsschrift. **Chem. Fabrik Anton Springer,** nur Ettlingerstraße 51. Telephon 2340

Beamter i. gt. Stellg., Mitte 30, sucht zw. **Heirat** braves, solides Mädchen kenn. z. lern. Verm. erw., jed. nicht Bedingung. Ang. u. Nr. 1252 i. Tagbl. erb.

Statt Karten.

Die Geburt eines kräftigen Jungen zeigen an

Werner Hermann

Otto Oertel und Frau Lisa

Karlsruhe, den 26. Juli 1922 — *Hirschstraße 94.*

Druckarbeiten jed. Umfangs liefert rasch u. in tadelloser Ausführung **Tagblatt-Druckerei,** Ritterstr. 1. Fernspr. 297.

Am 24. Juli wurde unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Christian Jauch

Schriftsetzer

im 60. Lebensjahr ganz plötzlich in die Ewigkeit abgerufen.

Karlsruhe, den 25. Juli 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, der Trauergottesdienst Freitag 1/4 10 Uhr in St. Stefanskirche statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Anteilnahme beim Hinscheiden unserer lieben unvergeßlichen Mutter, Großmutter u. Schwiegermutter sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Familie **Willy Richard.**
Familie **Franz Baumert.**

Das beste Gemüse
für Milch- und Mehlspeisen, Saucen, Kakao, Tee, Puddings, Kuchen, Torten, Eis und als Zusatz zu solchen eingemachten Früchten, die nur ein schwaches Aroma haben, wie z. B. Apfelgelee, Marmelade etc. ist
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
Hiermit kann man den Speisen und Getränken auf die einfachste Weise den feinen Vanille-Geschmack und das köstliche Vanille-Aroma geben. Vielfach wird nun sog. Vanillin-Zucker zu vielleicht etwas billigerem Preise angeboten, der jedoch einen so geringen Vanillin-Gehalt hat, daß Geschmack und Aroma schon beim Lagern in den Geschäften sich verflüchtigt hat.
Man achte daher beim Einkauf darauf, daß man nur
Dr. Oetker's Fabrikate
mit der Schutzmarke
„Oetker's Hellkopf"
erhält.

Ia Kinder- Damen- Stiefel
billigst bei
Josef Zepf, Schuhhaus,
Durlacherstraße 3, am Durlacher Tor.

Die Stadt Karlsruhe
ihre Geschichte u. ihre Verwaltung 1715 — 1915
Festschrift zur Erinnerung an das 200 jährige Bestehen der Stadt
Verfaßt von Studienrat **Dr. Robert Goldschmit** unter Mitwirkung von Hofrat **Heinrich Ordenstein** u. Professor **Karl Widmer.**
Groß-Folio X und 525 Seiten, mit 54 Abbildungen, den Stadtplänen von 1739 und 1814 und einen Uebersichtsplan im Maßstab 1 : 15 000.
Preis 75 Mk. und Teuerungszuschlag.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und direkt vom **Verlag, Karlsruhe, Ritterstraße Nr. 1, Telephon Nr. 297.**

Die Getreideumlage für 1922 in Baden.

Wie aus den Reichstagsberichten zu ersehen war, ist das Getreideumlageverfahren für ein weiteres Jahr Gesetz geworden. Der Reichsgetreidestelle soll dadurch eine Inlandsgetreidemenge von 2½ Millionen Tonnen zur Verfügung gestellt werden, von welcher Menge auf Baden 22 000 Tonnen entfallen.

Bei den nunmehr abgeschlossenen Beratungen der badischen Landesversorgungsstelle mit den maßgebendsten Organen der Kommunalverbände über die Verteilung dieser Umlage auf die Verbände, Gemeinden und Erzeuger wurden die verschiedenen Möglichkeiten des Umlageverfahrens eingehend behandelt. Es ist bekanntlich möglich, die Getreideumlage, Betrieben von über 5 Hektar Größe aufzuerlegen, wenn die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche als Berechnungsgrundlage angenommen wird. In zweiter Linie läßt sich die erforderliche Menge umlegen auf die landwirtschaftlichen Betriebe von über 2 Hektar Größe, wenn nur die Getreideanbaufläche in Rechnung gestellt wird. Es ist nun aber gesetzlich nicht vorgeschrieben, eine dieser zwei Möglichkeiten für die Getreideumlage zur Anwendung zu bringen, sondern diese Berechnungsmöglichkeiten sind als allgemeines Schema aufgestellt, von dem je nach den Bedürfnissen in den einzelnen Ländern abgewichen werden kann. Auf eine Anfrage beim Reichsernährungsministerium hat letzteres diese Auffassung ausdrücklich als richtig bezeichnet, sodaß in Baden im großen und ganzen wieder wie im vorigen Wirtschaftsjahr die landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Getreideanbaufläche von über einem Hektar an zur Getreideumlage herangezogen werden. In den in Frage kommenden Vorverhandlungen haben auch die großen landwirtschaftlichen Verbände und die Landwirtschaftskammer anerkannt, daß es zu großen Härten und Unbilligkeiten führen müßte, wenn schematisch alle Getreideanbauflächen bis zu zwei Hektar oder — bei Zugrundelegung der gesamten bewirtschafteten Fläche — alle Betriebe bis zu fünf Hektar freigelassen würden. Man ging hierbei von der zweifellos richtigen Auffassung aus, daß mancher Kleinbetrieb der erwähnten Art je nach dem Ausfall der Ernte oder nach der Zahl der zum Betrieb gehörigen Selbstversorger leichter abliefern kann als ein größerer Betrieb. Man wird also, bei der Wiederanwendung des Umlageverfahrens in diesem Jahr mit dem im vorigen Jahre geltenden Maßstab zu rechnen haben. Dabei wird allerdings der Ernteausfall berücksichtigt werden müssen.

Der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags hat sich gleichfalls dieser Auffassung angeschlossen, als er wegen der Zuteilungsquote für das gesamte Land seitens des Reiches die Regierung beauftragte, hiergegen erneuten Protest einzulegen. Auch im Haushaltsausschuß war die Meinung verbreitet, daß beim Vorherrschen des Kleinbetriebes in Baden ein anderes Umlageverfahren als im vorigen Jahr nicht in Frage kommen kann. Selbstverständlich wird man die im vorigen Jahre da und dort vorgekommenen Mißgriffe zu vermeiden suchen müssen.

Aus Baden

Randener Rotkleee.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Der Randener Rotkleesamenbauverein ist mit seinem Erzeugnis auch bei der Wandesausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Nürnberg vertreten gewesen. Das Interesse war außerordentlich groß, und die nach der Ausstellung einlaufenden Nachfragen aus allen Teilen Deutschlands und selbst aus dem Ausland bringen den Beweis dafür, daß man die Vollwertigkeit dieses Produktes in weiteren Kreisen immer mehr erkennt.

Landeseisenbahnrat.

Karlsruhe, 26. Juli. Dieser Tage fand im Sitzungssaal des Direktionsgebäudes der Eisenbahngeneraldirektion zu Karlsruhe die erste Sitzung des neugebildeten Landeseisenbahnrates Karlsruhe statt. Der Vorsitzende, Präsident Staatsrat Schulz, begrüßte die Vertreter der badischen und preußischen Regierung und gedachte mit Anerkennung und Dank der Tätigkeit des früheren badischen Eisenbahnrats. Als Vertreter des Landeseisenbahnrates zum Reichseisenbahnrat wurden als Mitglieder Fabrikant R. Lenel (Mannheim), Generaldirektor Dr. Aengenheister (Freiburg), R. Koeppen (Mannheim) sowie als Stellvertreter Kommerzienrat Gsell (Karlsruhe), Verbandsdirektor Schön (Karlsruhe) und Ch. Schneider (Karlsruhe) gewählt. Zur Frage der Einführung von Wasserumschlagtarifen, namentlich für Kohlen, nahm die Versammlung einen Antrag an, in dem die Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe ersucht wird, mit allen Mitteln auf die rascheste Einführung von Wasserumschlagtarifen hinzuwirken. Man erwartet die Einführung der Wasserumschlagtarife bis spätestens 1. September dem Zeitpunkt, an dem auch die organische Einarbeitung der prozentualen Frachtzuschläge in Kraft treten soll.

Schwerer Raubmord.

t. **Pforzheim**, 26. Juli. Heute früh wurde im benachbarten Hohenwart der 68jährige Fasser Leopold Häffner, der sich seit längerer Zeit seiner nicht unbedeutenden Landwirtschaft widmete und bei dem man wohl einige Barmittel vermuten durfte, in seinem Bette erschlagen aufgefunden. Er ist scheinbar während des Schlafes überfallen worden. Der Täter benutzte für seine Tat ein dem Häffner gehöriges Beil, mit dem er dem Unglücklichen den Schädel auf eine grausige Art einschlug. Die Schränke waren durchwühlt und die Schubfächer der Kommoden aufgezogen, so daß man wohl mit einem Raubmord rechnen kann. Ueber die Persönlichkeit des Mörders hat man noch keinerlei Anhaltspunkte. Die Aufregung der Bevölkerung ist begreiflicherweise sehr groß.

*

t. **Walldürn**, 26. Juli. Weizen und Spelz auf der hiesigen Gemarkung sind bis zu 80 Proz. von einem Schädling, der Weizenhalmfliege, der schweren Schaden anrichtet, befallen. (Aus anderen Teilen Badens wird ähnliches berichtet.)

t. **Rastatt**, 26. Juli. Zu folgenschweren Raufhändeln kam es in Wintersdorf, wo ein junger Mann von Iffezheim namens August Weiß von einem etwa 20jährigen Burschen namens Josef Otto von Wintersdorf durch vier Stiche schwer verletzt wurde. Der Messerstecher wurde dann von den Freunden des Gestochenen schwer mißhandelt. — In Bietigheim hatte sich der Sohn des Rastatter Küfermeisters Ganz, als er von Bietigheim nach Oetigheim auf dem Rade fuhr, an einem Kraftwagen festgehalten. Er kam dabei zu Fall und zog sich sehr schwere Verletzungen zu.

t. **Sulzbach** (Murgtal), 26. Juli. Hier stürzte der 31 Jahre alte Heinrich Wirth beim Kirschenbrechen so unglücklich von der Leiter, daß er nach seiner Ueberführung ins Karlsruher Krankenhaus an den erlittenen Verletzungen verstarb.

t. **Bühl**, 26. Juli. In Sasbach konnte gestern Geistlicher Rat Dr. Hermann Schindler, Direktor der Lenderschen Lehranstalt, sein 40jähriges Priesterjubiläum begehen. Infolge des leidenden Zustandes des Jubilars wurde von Festlichkeiten abgesehen. — Die Vollendung und Wiederherstellung der Pfarrkirche in Ottenhöfen, die vor gerade hundert Jahren erbaut wurde, soll jetzt in Angriff genommen werden.

t. **Offenburg**, 25. Juli. Der Bürgerausschuß wird in seiner nächsten Sitzung einen Betrag von rund 18 Millionen Mark zu genehmigen haben. Davon entfallen 12 Millionen Mark auf Bestreitung der schon seit längerer Zeit bewilligten und in nächster Zeit noch zu bewilligenden Kredite für außerordentliche Ausgaben. Die Restsumme der Anforderung ist für kleinere Unternehmungen bestimmt.

t. **Offenburg**, 26. Juli. Einen guten Fang machte die hiesige Polizei, indem es ihr nach mehrtägigen eifrigen Bemühungen gelang, die Verhaftung eines sich seit einigen Tagen in einem hiesigen Hotel aufhaltenden Ehepaares aus Mannheim zu bewerkstelligen, das vor vier Wochen in Mannheim einen Diebstahl ausführte, wobei ihm Werte in Höhe von 600 000 M in die Hände fielen. Es waren dies 110 000 M in barem Gelde sowie Brillanten und eine ganze Menge wertvoller Schmuckgegenstände. Der weitaus größte Teil des Geldes sowie die gesamten gestohlenen Gegenstände konnten wieder beigeschafft werden.

— **Nordrach**, 26. Juli. Bei der Grundsteinlegung zu einer neuen Lungenheilanstalt hier regte Oberregierungsrat Jung (Karlsruhe) die Absendung eines Telegramms an den früheren Leiter der Landesversicherungsanstalt Geh. Rat Rasina an. In dem Bericht wurde Geh. Rat Rasina irrtümlicherweise als verstorben erwähnt. (Wir stellen fest, daß der Erwähnte sich trotz hohen Alters bester Gesundheit erfreut und hoffen, daß er die 100 Jahre erreicht, die man Totgesagten zuspricht. D. R.) — Ergänzend sei berichtet, daß bei der Grundsteinlegung auch Vertreter des Arbeitsministeriums, des Ministeriums des Innern, der staatlichen Bezirksbehörden, der Gemeindebehörden, der Geistlichkeit und der Lehrerschaft erschienen waren. Der Präsident der Landesversicherungsanstalt Geh. Oberregierungsrat Beck konnte infolge Erkrankung an der Feier der Grundsteinlegung nicht teilnehmen; für ihn sprach der stellvertretende Vorsitzende Oberregierungsrat Jung, der dabei die Notwendigkeit des Erweiterungsbaues darlegte und die Einmütigkeit hervorhob, mit welcher der Gesamtvorstand und der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt den Neubau beschlossen und die Mittel bewilligt haben. Die Vertreter des Arbeitsministeriums und des Ministeriums des Innern gaben in ihren Ansprachen der Freude der obersten Staatsbehörden über die erfolgreiche Mithilfe der Landesversicherungsanstalt im Kampf gegen die Tuberkulose, dem auch der Neubau dienen soll, Ausdruck. An den in Karlsruhe wohnenden früheren 1. Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt, Geh. Rat Rasina, unter dessen Amtsführung die Heilstätte erworben wurde und an den derzeitigen Präsidenten Geh. Rat Beck, dessen Bemühungen der Erweiterungsbau sein Entstehen hauptsächlich verdankt, wurden Telegramme abgesandt.

t. **Freiburg**, 26. Juli. Der Stadtrat hat beschlossen, zu Ehren des unlängst verstorbenen Gründers des deutschen Caritasverbandes Prälaten L. Werthmann eine Straße im Stadtteil Herdern „Werthmann-Straße" zu nennen. — Das Heldendenkmal auf dem Hinterwaldkopf das am letzten Sonntag eingeweiht wurde, wurde von den Turnern eigenhändig errichtet. Der große Gedenkstein wurde von ihnen etwa 50 Meter unterhalb des Gipfels ausgegraben und auf Walzen auf den Gipfel gebracht und dort auf den Sockel gehoben. Dieser Stein hatte ein Gewicht von etwa 200 Zentner. Um das Denkmal herum wurde ein großer Ringwall errichtet, zu dessen Bau etwa 100 Kubikmeter Steinmaterial herangetragen wurde. Das Denkmal und seine Umgebung wird dringend dem Schutz des wandernden Publikums empfohlen. Der auf dem Denkmal angebrachte Spruch lautet: „Gehst du, o Wanderer vorbei, so gedenke, daß heilig der Platz ist, grüß' ihn und schone die Stätte, als ruhte dein Freund dort vom Kampfe."

t. **Schopfheim**, 26. Juli. Der Bürgerausschuß genehmigte trotz der ungünstigen Finanzlage der Gemeinde für Erweiterungsbauten des Krankenhauses zwei Millionen Mark. Von verschiedenen Seiten wurde gegen diese Bewilligung protestiert, da hierdurch der Wohnungsbau benachteiligt würde. Dem Bauverein würden die notwendigen Mittel zur Fortführung der angefangenen Bauarbeiten verweigert und auch der oberbadischen Baugenossenschaft würden in der Geländebeschaffung große Schwierigkeiten bereitet.

t. **Müllheim**, 26. Juli. Die Weinberge im Weilertal versprechen einen guten Herbst, soweit der Behang der Trauben in Betracht kommt. Nur tritt da und dort an den Traubenbeeren ein Ansatz von weißem Pilzflaum auf, dessen Wachstum durch häufigen Witterungswechsel sehr gefördert wird, dessen Art aber noch nicht festgestellt werden konnte. — Einen schönen Behang haben auch die Obstbäume, besonders die Aepfel- und Nußbäume. Die Kartoffelernte scheint in diesem Jahre besser zu werden als im vorigen, während die Halmfrüchte in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind. — In Britzingen bearbeitete das sechsjährige Söhnchen des Landwirts Adolf Kurz eine kleinkalibrige Patrone oder einen Sprengkörper mit einem Hammer. Der Gegenstand entlud sich und verletzte das Kind an mehreren Stellen des Körpers erheblich. — Da die Benützung der vor einem Jahr eingerichteten Kraftwagenlinie Müllheim—Badenweiler—Kandern—Schopfheim—Wehr—Todtmoos in letzter Zeit ziemlich nachgelassen hat, fand in Kandern eine Versammlung von Interessenten statt, um Maßnahmen zur Behebung des Verkehrs auf dieser Kraftwagenlinie zu besprechen. Es wurde beschlossen, durch Werbeblätter weite Kreise auf die von der Kraftwagenlinie berührten Gegenden vom Rhein bis in den Hochschwarzwald aufmerksam zu machen. Ferner wurde mitgeteilt, daß ein Preisaufschlag vorläufig nicht beabsichtigt ist.

t. **Haltingen**, 26. Juli. Hier fand am vergangenen Sonntag eine Versammlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften — aus dem Bezirk Lörrach — unter dem Vorsitz von Graf Tannenkirch statt. Verbandsrevisor Koelle wies in einem längeren Referat eindringlich auf die Notwendigkeit der Stärkung der Mittel der Genossenschaften hin. Ferner machte er auf den Sammelbezug der Genossenschaften aufmerksam und stellte in Aussicht, daß das Lagerhaus in Haltingen in zirka 14 Tagen eröffnet werden könnte. Der Vertreter der badischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft, Pfaff, berichtete über die Lage auf dem Warenmarkt und ermahnte die Genossenschaften, sich bald zum Bezug zu entschließen, da weitere Preissteigerungen unmittelbar bevorstehen. Bei der Wahl der Bezirksobmänner wurden die bisherigen Vertreter wiedergewählt.

t. **Grießen** bei Waldshut, 26. Juli. Hier ereignete sich am Montag vormittag ein bedauerlicher Unfall. Während einer Schulpause geriet eine 13jährige Schülerin zwischen zwei sich kreuzende Autos. Das Mädchen wurde von dem einen Auto erfaßt, wobei dessen Räder ihm über den Kopf gingen. Das Kind war sofort tot.

t. **Säckingen**, 26. Juli. Auf Grund des Ausnahmegesetzes wurde in Säckingen ein junger Student verhaftet, der in einem hiesigen Hotel bei einer Diskussion über politische Angelegenheiten den ermordeten Minister Dr. Rathenau einen Gesinnungslumpen nannte, der vor und während des Krieges anders gedacht und geschrieben habe, als nach dem Kriege. Plötzlich erhob sich einer der Gäste, legitimierte sich als Kriminalschutzmann und erklärte den Studenten auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik für verhaftet. Der Verhaftete wurde ins Gefängnis nach Waldshut gebracht.

= **Mainau**, 26. Juli. Die Folgen des Unfalls, den die frühere Großherzogin Luise vor kurzem durch Ausgleiten auf Schloß Mainau erlitten hatte, sind im wesentlichen Rückgang begriffen. Die Fortschritte der Genesung sind, wenn auch langsam, so doch befriedigend. Eine längere Schonungszeit wird noch nötig sein, bis die Bewegungsmöglichkeit wieder hergestellt ist.

Aus dem Stadtkreise

Von der Landesfeuerwehr-Unterstützungskasse.

Nach dem soeben ausgegebenen Geschäftsbericht für das Jahr 1921 hatte die Landesfeuerwehr-Unterstützungskasse in diesem Jahre u. a. folgende Aufwendungen: Unterstützungen an verunglückte Feuerwehrmänner und Mitglieder von Löschmannschaften, sowie an Hinterbliebene von solchen Personen in 135 Fällen 119 445 Mk. 69 Pf., darunter 53 wiederkehrende Unterstützungen im Jahresbetrag von 80 121 Mk. 94 Pfg. Beihilfen an Feuerwehren und Gemeinden zur Anschaffung von Löschgeräten und Ausrüstungsgegenständen 1 109 094 Mk. 80 Pfg. Für die Besichtigung der Feuerlöscheinrichtungen durch die für die einzelnen Bezirke bestellten Feuerlöschinspektoren wurden 16 844 Mk. 95 Pfg. aufgewendet.

Zur Bestreitung dieser Aufwendungen standen der Kasse neben den Zinsen aus dem Grundstocksvermögen mit rund 43 800 Mk. aus den von der Gebäudeversicherungsanstalt und von den im Lande zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Feuerversicherungsunternehmen für gemeinnützige Zwecke zu leistenden Beiträge der ihr vom Ministerium des Innern zugewiesene Betrag von 1 310 000 Mk. zur Verfügung.

Das Vermögen hat sich im Jahre 1921 vermindert.

*

Bürgerausschuß-Sitzungen finden am Montag und Dienstag statt. In der Sitzung am Montag werden Tarif- und Gebühren-Erhöhungen erledigt. Am Dienstag werden verschiedene wichtige Fragen behandelt.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 53 vom 25. Juli hat folgenden Inhalt: Gesetz über die Zwangsanleihe. — Gesetz zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes. — Gesetz zur Aenderung des Erbschaftssteuergesetzes. — Gesetz über den Ersatz der durch den Krieg verursachten Personenschäden. — Gesetz über den Ersatz der durch die Besetzung deutschen Reichsgebiets verursachten Personenschäden. — Gesetz über die Vergütung von Leistungen für die bewaffnete deutsche Macht. — Gesetz über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage. — Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. — Verordnung zur Aufhebung der Verordnungen zum Schutze der Republik. — Berichtigung der Verordnung über die deutschen Flaggen. — Bekanntmachung zur Ausführung der Verordnung über die Schädlingsbekämpfung mit hochgiftigen Stoffen. — Verordnung über künstliche Düngemittel.

Kirchenrat D. W. Brückner feiert nicht, wie irrtümlich berichtet, am nächsten Freitag, sondern erst am 9. August seinen 90. Geburtstag.

Unfall. Am Montag vormittag scheute im Stadtteil Daxlanden eine vor einen Wagen gespannte Kuh und rannte mit dem Fuhrwerk in der Durmersheimerstraße gegen eine Telegraphenstange. Hierbei schlug der Wagen um und der daraufsitzende Landwirt und seine Ehefrau wurden heruntergeschleudert. Während der Ehemann einen Schlüsselbeinbruch davontrug, blieb die Frau unverletzt.

Rascher Tod. Am Albtalbahnhof im Stadtteil Rüppurr erlitt Dienstag abend ein Reisender aus Bruchsal einen Schlaganfall, der seinen alsbaldigen Tod zur Folge hatte.

Festgenommen wurden: Ein Dreher und ein Reisender wegen unerlaubter Grenzüberschreitung und ein Techniker wegen Hochverrats.

Veranstaltungen.

Sommeroperette im Städt. Konzerthaus. Infolge des großen Erfolges bleibt die Operette „Mascottchen" noch einige Tage auf dem Spielplan. — Freitag abend kommt für den Verein Volksbühne „Das Glücksmädel" (O 3) zur Wiedergabe. Samstag abend gelangt die Operette „Mascottchen" zur Aufführung. Sonntag finden zwei Vorstellungen statt und zwar ist nachmittags eine einmalige Aufführung von „Das Glücksmädel", während abends die Operette „Mascottchen" gegeben wird.

Stadtgartenkonzerte. In der Reihe der diesjährigen städt. Konzertveranstaltungen im Stadtgarten tritt insofern eine interessante Abwechslung ein, als für kommenden Samstag der bekannte Berliner Komponist und Dirigent volkstümlicher Konzerte, Julius Einödshofer aus Berlin, zu einem Dirigentengastspiel abends von 8—11 Uhr gewonnen wurde. Das Orchester stellt die Harmoniekapelle. Einödshofer ist dem Karlsruher Publikum kein Fremder und aus seinen früheren Konzertveranstaltungen im Stadtgarten durch die Art seiner vornehmen Unterhaltungsmusik noch in bester Erinnerung. Sollte das Konzert infolge ungünstiger Witterung im Freien nicht abgehalten werden können, so findet es um die gleiche Zeit im großen Festhallesaal statt. Siehe die Anzeigen. Vorverkauf von Eintrittskarten Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgartenschalterkassen.

Stadtgarten-Konzert. Das auf Freitag, den 14. Juli angekündigte Abendkonzert der hiesigen Feuerwehrkapelle zur Ehrung des Altmeisters H. Liese zum 70. Geburtstag unter seiner persönlichen Leitung und der von Obermusikmeister O. Schotte, das wegen schlechten Wetters ausfallen mußte, findet nun am kommenden Freitag, den 28. Juli von 8 Uhr abends an, statt. Bei der Zusammenstellung der Musik-Vortragsfolge ist auf alle Konzertbesucher Rücksicht genommen, so daß es an Erinnerungen nicht fehlen wird. Der Besuch dieses Sonderkonzertes ist nur zu empfehlen.

Wassersportliche Vorführungen des „Karlsruher Schwimmvereins" werden am Sonntag, den 30. Juli ds. Js. abends in Verbindung mit dem Konzert der Harmoniekapelle ein weiteres Glied in der Reihe der für diesen Sommer im Stadtgarten vorgesehenen Sonderveranstaltungen bilden. Vorgesehen sind hierbei u. a. ein Damenbrustschwimmen, Figurenzeigen der Damen (24 Schwimmerinnen), Wasserballspiel und eine Lagenstaffel von 4×30 Metern. Damit das Ergötzliche nicht fehle, ist außerdem eine humoristische Wasserpantomime in das Programm aufgenommen. Bei Einbruch der Dunkelheit wird außerdem ein hübsch arrangierter Lampionsreigen das Gefallen der Besucher finden. Dieser löst sich dann auf zu einem „Schwimmen quer durch den Stadtgartensee." Die Darbietungen des Schwimmvereins werden durch die Harmoniekapelle mit einem diesem Abend angepaßten Musikprogramm begleitet werden. Auch dieser Abend dürfte sonach geeignet sein, den vielen Freunden des Stadtgartens etwas Besonderes zu bieten. Vorverkauf von Eintrittskarten beim Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Germania und Stadtgartenschalterkassen. — Nachmittags von ¼4—½7 Uhr konzertiert im Stadtgarten, bei ungünstiger Witterung in der Festhalle, die Harmoniekapelle.

Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas wird in einer Mitgliederversammlung der Deutschen Demokratischen Partei am kommenden Freitag, den 28. Juli, abends 8 Uhr im „Friedrichshof" (großer Saal) über „Die jüngsten Ereignisse der Innen- und Außenpolitik" sprechen. Es sei darauf hingewiesen, daß zu der Versammlung auch Gäste Zutritt haben. In Anbetracht der gegenwärtigen gespannten politischen Lage dürfte der Vortrag zweifellos von großem Interesse sein.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 25. Juli: Hermann Weidner von Straßburg, Mechaniker hier, mit Elsa Grauer von Durlach; Gustav Eichhorn von Hockenheim, Pol.-Inspektor hier, mit Friederike Bahn von Mannheim; Friedrich Rieger von hier, Maler hier, mit Anna Wanner von Sasbach; Paul Götz von hier, Mechaniker hier, mit Elise Rauch von hier; Otto Baz von Baden-Baden, Elektromechaniker hier, mit Elsa Ankener von hier; Karl Höger von Durlach, Kanzleigehilfe hier, mit Marie Koch von hier; Hermann Brenner von Weisweil, Elektromonteur hier, mit Karolina Nock von hier; Eugen Ruyer von Kaltenhausen, Straßenbahnschaffner in Straßburg, mit Bertha Schwarz von Straßburg.

Geburten. 21. Juli: Arnold Joachim, Vater Adolf Löwe, Kaufmann. — 22. Juli: Liselotte Ruth, Vater Friedrich Mussy, Kaufmann; Lore, Vater Jakob Simon, Kaufmann. — 23. Juli: Anneliese Käte Marie, Vater Arthur Haberkern, Kaufmann; Irmgard Mina Luise, Vater Oswald Moritz, Kaufmann. — 24. Juli: Gertrud, Vater Aug. Nonnenmacher, Betriebsassistent; Johann Walter, Vater Karl Grimm, Schlosser. — 25. Juli: Erna Berta, Vater Wilh. Schäfer, Straßenbahnschaffner.

Todesfälle. 24. Juli: Christian Jauch, Schriftsetzer, ledig, alt 59 Jahre. — 25. Juli: Thekla Fischer, alt 82 Jahre, Witwe des Handelslehrers Theodor Fischer; Karl Leser, Eisenbahninspektor a. D., Ehemann, alt 61 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, den 27. Juli. 2 Uhr: Christian Jauch, Schriftsetzer, Kaiser-Halle 13. — 5 Uhr: Thekla Fischer, Handelslehrers-Witwe, Kronenstraße 38, Feuerbestattung.

Tagesanzeiger.

Donnerstag, den 27. Juli 1922.

Städt. Konzerthaus: „Mascottchen". Abends 7½ Uhr.

Zionistische Ortsgruppe: Versammlung im Vereinslokal, Herrenstr. 11. Abends 8 Uhr.

Installationsarbeiten
Gas - Wasser - Entwässerungen
Zentralheizungen
Fernspr. 517 Jul. Rössler Herrenstr. 48.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 26. Juli (abends).

Belgien	4150	Schweiz	9800
Paris	4275	London	2300
Neuyork	516	Italien	—
Holland	20100		

Tendenz: fest.

Von den Börsenplätzen.

Mannheimer Effektenbörse.

K. **Mannheim**, 26. Juli. (Drahtber.) Die Börse verkehrte für Industrieaktien zu niedrigeren Preisen. Benzaktien wurden zu den Kursen von 500 Prozent und 495 Prozent gehandelt. Ebenso Gebr. Fahr zu 570 und Anilin zu 800 Prozent. Sonstige Notierungen Verein Deutscher Oelfabriken 920 Brief, Seilindustrie Wolff 585 Brief, Unionwerke 500 Brief, Freiburger Ziegelwerke 550 Geld und Zellstoff Waldhof 700 Geld. — Von morgen ab gelangen 14 Millionen Stammaktien des Salzbergwerkes in Heilbronn zum Handel und zur Notierung.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 26. Juli.

Dem heutigen Börsenverkehr fehlte es wieder an regerer Geschäftstätigkeit. Die Tendenz gestaltete sich uneinheitlich, doch konnten sich die Kurse verschiedentlich befestigen. Die Spekulation zeigte mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ultimo und auf die Versteifung des Geldmarktes geringere Unternehmungslust.

Auch in den Devisen war das Geschäft bescheiden. Der Dollar, der im Vormittagsverkehr bis 508—514 genannt wurde, stellte sich an der Börse bis 509—512. In einer Sonderstellung in dem sonst ruhigen Verkehr befanden sich österreichische Staatspapiere, die auf das längere Moratorium, das die Entente einräumen will, fest lagen. Ungarn und Türken bewegten sich nach oben.

Im freien Verkehr sind bei geringeren Umsätzen teilweise Abschwächungen zu verzeichnen. Man nannte Benz 515, Becker Stahl 510, Bahnbedarf 360—365. Brown Boveri 370—380, Ufa 220 bis 225, Krügershall 710—715, Mansfelder 375, Inag 390. Am Montanmarkt machte sich für Westeregeln eine regere Kauflust geltend. Sie setzten 1700 ein und gewannen 125 Prozent. Rheinstahl befestigt. Harpener waren billiger zu haben, bei erster Notiz 3040, minus 160 Prozent. Kleines Geschäft zeigte sich bei verschiedenen Werten, bei denen Angebot überwog. Elektrizitätsaktien lustlos, bei schwächerer Tendenz. Autopapiere ebenfalls mäßig nachgebend. Maschinenfabrik Eßlingen angeboten, etwa 40 Prozent niedriger. Oesterreichische Staatsbahnaktien bei stärkerer Nachfrage steigend 2350, plus 250. Baltimore and Ohio sehr fest 1975—2075. Erwähnung verdienen ferner noch 4 Prozent Oesterreichische Staatsprioritäten, sowie bömische Papiere, Metall- und Zuckeraktien ermäßigten bei bescheidenen Umsätzen ihr Kursniveau.

Am Markt mit Einheitskursen war die Haltung vorwiegend behauptet. Bau- und Terrain-, sowie Zementaktien nannte man niedriger. Deutsche Petroleum 2250. Der Schluß gestaltete sich ruhig. Nur Auslandspapiere lebhaft. Privatdiskont 5 Prozent.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 26. Juli.

Bei der durch Bayerns Sondervorgehen geschaffenen innerpolitischen Spannung konnte es zu einer Aenderung in der lustlosen, abwartenden Haltung nicht kommen, zumal die bekannten Geldsorgen der Spekulation wegen des Ultimo stärker betont werden. Bei der hochgradigen Geschäftsstille senkte sich unter diesen Umständen der Kursstand durchschnittlich wieder um 20—30 Prozent, vereinzelt bis 40 Prozent, dagegen wurden Canada, Baltimore and Ohio 100 bezw. 200 Proz. höher bezahlt. Vorübergehend kam es in Rheinstahlaktien erneut zu lebhafteren Umsätzen, ohne daß aber deren Kursstand wesentlich verändert worden wäre.

Von ausländischen Renten nahmen die Umsätze gleichfalls keinen größeren Umfang an. Die Kurse konnten sich bei Schwankungen ungefähr behaupten. Nur Lombardprioritäten stiegen wieder erheblich. Das Geschäft am Devisenmarkt war bei später eintretender Befestigung unbedeutend.

Industrien / Handel / Verkehr.

Industrien.

Gebrüder Junghans A.-G. in Schramberg. Wie die „Lidowe Rowini" zu Prag angibt, soll Komm.-Rat Junghans bei einer Besprechung mit tschechischen Uhrenhändlern auf ihrer Reise durch den Schwarzwald erklärt haben, im nächsten Jahre die Errichtung einer Uhrenfabrik auf tschechoslowakischem Boden beginnen zu wollen. Der Zentralverband des tschechischen Uhrenhandels wird sich an diesem Unternehmen beteiligen.

Reinhard Müller A.-G. in Gutach. Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 1921 einen Reingewinn in Höhe von 1 372 600 (285 000) Mk. bei 1 (0,75) Mill. Mark Betriebskapital erzielen. Daraus soll wie im Vorjahre eine Dividende von 20 Prozent zur Verteilung gelangen.

F. Küpperbusch & Söhne A.-G. in Gelsenkirchen. Wie die Gesellschaft mitteilt, war der Absatz im neuen Geschäftsjahr äußerst rege. Für die nächsten 5 Monate ist die Gesellschaft mit Aufträgen noch reichlich eingedeckt.

Fr. Hesser Maschinenfabrik A.-G. in Stuttgart. Die auf 12. August nach Stuttgart einberufene Generalversammlung wird über eine Kapitalserhöhung von 7,5 auf 12 Millionen Mark zwecks Ausbau der Werke und Anpassung an die allgemeine Finanzlage zu beschließen haben. Die Erhöhung soll in der Gestalt erfolgen, daß 4,25 Mill. Mark Stammaktien und 0,25 Mill. Mark 7proz. kummulative Vorzugsaktien, welche mit bedingtem zehnfachem Stimmrecht ausgestattet sind, zur Ausgabe gelangen.

Otto Krumm A.-G. in Plüdershausen (Württemberg). Die Gesellschaft beantragte die Zulassung von 11 Mill. Mark neuen Aktien zum Handel und zur Notierung an der Stuttgarter Börse.

Bayerische Celluloidwarenfabrik vorm. Albert Wacker A.-G. in Nürnberg. Die Gesellschaft, die im laufenden Geschäftsjahr mit Aufträgen gut eingedeckt ist, wird voraussichtlich für das vergangene Geschäftsjahr eine Dividende von 15 Prozent zur Verteilung bringen können. Eine Kapitalserhöhung ist, wie wir erfahren, nicht geplant.

Maschinenfabrik Paul Leistritz A.-G. in Nürnberg. In der Generalversammlung erhöhte die Gesellschaft ihr Grundkapital auf 2,5 Mill. Mark, wobei die neuen Stammaktien zum Nennwerte begeben und die Vorzugsaktien mit einer Vorzugsaktien mit einer Vorzugsdividende von 4 Prozent ausgestattet wurden. Diplom-Ingenieur Karl Werner in Nürnberg wurde neu in den Vorstand der Gesellschaft gewählt.

Hanfwerke Füßen-Immenstadt A.-G. Die Gesellschaft beschloß, auf 19. August nach Kaufbeuren eine Generalversammlung einzuberufen, die über die Ausgabe von 20 Mill. Mark Genußscheinen zur Schaffung neuer Bebriebsmittel zu beschließen haben wird. Die Genußscheine lauten auf den Inhaber und je 1000 Mark und werden den Aktionären zum Nennwerte angeboten. Den alten Aktionären ist dabei ein Bezugsrecht von 2:1 eingeräumt. Die Rückzahlung der Genußscheine, die keine Aktienrechte genießen, kann am Ende eines jeden Geschäftsjahres spätestens aber bis Ende 1926 erfolgen.

Ton- und Torfwerke Willaringen. In das Handelsregister Säckingen ist die Aktiengesellschaft Firma Ton- und Torfwerke in Willaringen eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Maschinentorf, von Leicht- und Hartsteinen und Tonwaren aller Art. Das Grundkapital beträgt 400 000 Mark.

J. G. Roth A.-G. in Ravensburg. Die vor 45 Jahren gegründete Firma J. G. Roth, Pinsel- und Möbelfabrik in Ravensburg wurde mit einem Grundkapital von 3,2 Mill. Mark in eine Aktiengesellschaft mit obiger Firmierung umgewandelt. Beteiligt an der Gründung ist die Württembergische Vereinsbank. Den Vorstand bilden die Herren Hans Glaser und Walter Roth, während sich der erste Aufsichtsrat aus Fabrikant Gustav Roth-Ravensburg, Rechtsanwalt und öffentlicher Notar Alios Haerle-Ravensburg, Fabrikant Carl Schwendler-Höll b. Wolfegg und Bankdirektor Hermann Schlierer-Ravensburg zusammensetzt.

Metallgesellschaft Frankfurt a. M. Dem Antrag der Gesellschaft auf Zulassung ihrer Aktien zum Handel mit veränderlichen Kursen an der Frankfurter Börse wurde mit Wirkung ab 25. Juli stattgegeben.

Schiffahrt.

Die Abschlüsse der Bayerisch-Rheinischen Schifffahrtsgruppe. Durch den Friedensvertrag hat der Konzern schwer zu leiden gehabt. Die Einbuße von 17,7 Proz. der Gesamttonnage laut Friedensvertrag hat sich drückend bemerkbar gemacht. Die einzelnen Gruppengesellschaften zeitigten folgende Abschlüsse für 1921: Bayerische Schiffbau-Gesellschaft, G. m. b. H., in Erlenbach mit 1 Mill. Mark Kapital 20 Prozent Dividende; Rhenania, Wormser Lagerhaus- und Speditions-A.-G. in Worms mit 1 Mill. Mark Kapital 15 Proz. Div.; Münchener Lagerhaus Ostbahnhof, G. m. b. H., in München mit 1 Mill. Mark Kapital 15 Proz. Div.; Bavaria, Schiffahrts- und Speditions-A.-G. in Bamberg mit 1 Mill .Mark Kapital 25 Proz. Dividende; Bavaria, Lagerhaus und Transport, G. m. b. H., in München mit 1 Mill. Mark Kapital 6 Proz. Div.; Carl Presser & Co., G. m. b. H., in Frankfurt a. M. mit 200 000 Mark Kapital 40 Proz. Div.; Allgemeine Speditionsgesellschaft A.-G. in Duisburg mit 3 Mill. Mark Kapital 17½ Proz. Div.; Rhenania-Rheinschiffahrtsgesellschaft m. b . H. in Homberg-Niederrhein mit 5 Mill. Mark Kapital 15 Proz. Dividende; Rhenania-Speditionsgesellschaft m. b. H. vorm. Leon Weiß, Zentrale der Gruppe in Mannheim mit 5 Mill. Mark Kapital 15 Proz. Div. Die niedrigen Wasserstände des vergangenen Geschäftsjahres haben die Abschlüsse ungünstig beeinflußt. Ueber die Entwicklung des laufenden Geschäftsjahres kann noch nichts vorausgesagt werden, doch hofft man wieder, mit einigermaßen günstigen Abschlüssen herauszukommen.

Märkte.

K. **Mannheimer Chemikalienmarkt.** Bei zuwartender Haltung der Verkäufer verkehrte der Markt in fester Haltung, zumal die Nachfrage seitens der Verbraucher rege ist. Die Umsätze sind nicht bedeutend. Man verlangt für Alaun-Ammonikkristallmehl, erstklassiges Fabrikat, 950 Mark, Borax, krist., Ia raff., 72 M. für die 100 kg, ab Lager oder Nähe Mannheim. Eisenvitriol, krist., handelsübliche Ware kostet 610 M., inkl. Sackpackung. Harz, amerik., F., 14 Prozent Taravergütung ist inkl. Verpackung zu 3550 M. die 100 kg, ab Nähe Mannheim erhältlich. Leinölfirnis, Ia, wird inkl. Holzbarrel, zu 1 1450, Pottache 95/96 Prozent, inkl. Original-Faßpackung zu 3250 M., Rotkali (Kal. ferri cyanat. rubr. cryst.) inkl. Verpackung zu 69 000 M., Terpentinöl, deutsch, gar. rein, prima Ware, exkl. Leiheiscnfaß zu 14 500 M., Wasserglas, filtriert, 38/40° Be, exkl. Leiheisenfaß zu 43 000 M., Natronsalpeter, pulv., dopp. raff., für Genußzwecke, exkl. Großfaß zu 2450 M. und Formaldehyd, 30 Prozent Gew., exkl. Korbflasche zu 7200 M. die 100 kg, alles ab Lager oder Nähe Mannheim offeriert.

Vereinigte Deutsche Zinnblechwalzwerke. Mit Wirkung ab 21. Juli wurden die Grundpreise um je 975 Mark erhöht.

Das Petroleum. Reuter meldet aus Athen: Die angloperuanische Oil Company hat von der britischen Regierung das Recht zur Petroleumausbeutung in ganz Mazedonien erhalten.

Verband deutscher Krimmer- und Wollplüschfabrikanten. Auf Verkäufe unter Preisvorbehalt, beschloß der Verband eine Preiserhöhung um 8 bis 20 Prozent je nach dem Zeitpunkt des Abschlusses.

Vereinigung deutscher Filztuchfabrikanten. Laut Beschluß der letzten Vollversammlung des Verbandes wird der Verkaufpreis von Filztuchwaren um 60 Prozent erhöht.

Deutscher Kupferblechverband in Kassel. Nachdem der Verband am 15. Juli seine Preise auf 18 440 Mark pro 100 Kilogramm ermäßigt hatte, ist er neuerlich gezwungen, eine Preiserhöhung um 660 auf 19 100 Mark vorzunehmen. Die Preiserhöhung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Verband Deutscher Schreibmaschinenfabrikate e. V. Berlin. Der Verband erhöht seine Preise um 33⅓ Prozent.

Deutscher Feilenbund. Nach der erneuten Preiserhöhung steigern sich die Aufschläge für Stückfeilen auf 400 Prozent und für Gewichtsfeilen auf 460 Prozent.

Deutscher Präzisionswerkzeugbund. Mit Wirkung ab 5. Juli sind die Aufschläge für Fräser, Gewindbohrer und ähnliche Werkzeuge auf 1800 Prozent hinaufgesetzt.

Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten. Die neuen Preise, die von dem Verbande festgesetzt wurden, lauten wie folgt: Dachpappe mit 80er Rohpappeneinlage 37 Mk., mit 100er 31 Mk., mit 150er 22 Mk., mit 200er 18 Mk. pro Quadratmeter waggonweiser Bezug, ab Verladebahnhof des Verkäufers gegen sofortige Barzahlung ohne Abzug. Isolierpappenpreise: Isolierpappe mit 80er Rohpappeneinlage 45.50 Mk., mit 100er 41.50 Mk., mit 125er 37.50 Mk. pro Quadratmeter.

Linoleum-Preiserhöhung. Der bisherige Zuschlag von 175 Prozent auf die Grundpreise wurde um 100 auf 275 Prozent erhöht, wobei zu gleicher Zeit eine durchgreifende Aenderung der Grundpreise vollzogen wird. Nach den neuesten Bestimmungen werden Aufträge, deren Lieferzeit voraussichtlich mit 6 Wochen nicht eingehalten werden kann, nur noch unter der Bedingung entgegengenommen, daß nur die am Lieferungstage von den Vereinigten Deutschen Linoleumfabriken festgesetzten Preise gültig sind.

Verschiedenes.

Die Oesterreichischen Finanzen. Im österreichischen Nationalrat machte der Minister des Aeußern offiziell Mitteilung von der durch die Reparationskommission beschlossenen Aufhebung der Pfandrechte auf eine Reihe österreichischer Aktiven und stellte fest, daß diese Freigabe Oesterreich die Möglichkeit gebe, die praktische Durchführung des neuen Notenbankgesetzes in Angriff zu nehmen und auch eine Plattform für Verhandlungen über eine auswärtige Anleihe zu schaffen. Die von der Reparationskommission an die Freigabe der Aktiva für die Errichtung einer Notenbank geknüpften Bedingungen seien erfüllt, sobald der vorliegende Gesetzentwurf über die Errichtung der Notenbank vom Nationalrat ohne Abänderung angenommen sein werde. Was die Aufhebung des Pfandrechts über die Einkünfte jener Aktiva betreffe, die als Grundlage für eine künftige Anleihe dienen solle, so habe die Reparationskommission die Befreiung dieser Einnahmen grundsätzlich zugestanden, so daß die Durchführung ermöglicht werde, sobald Oesterreich das Projekt der auswärtigen Anleihe der Reparationskommission vorgelegt haben werde. Von anderen Bedingungen und Vorbehalten werde die zugesagte Aufhebung des Pfandrechts durch die Reparationskommission nicht abhängig gemacht.

Eine neue Petroleumquelle in Galizien. Aus Borislaw wird gemeldet, daß dort eine neue Petroleumquelle erbohrt wurde, die täglich 30 Zisternen produziere und 130 cbm Gas täglich ergebe. Das bedeutet eine Erhöhung der Borislawer Petroleumförderung von 20 Prozent.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	25. Juli	26. Juli
Badische Bank	525.—	526.—
Darmstädter Bank	270.—	268.—
Deutsche Bank	477.—	477.—
Diskonto Commandit	388.—	390.—
Dresdener Bank	284.—	284.—
Mitteld. Creditbank	244.—	242.—
Oesterr. Länderbank	82.50	89.50
Pfälzische Bank	48.—	48.—
Rheinische Creditbank	219.—	216.—
Südd. Diskonto-Ges.	284.—	283.—
Wiener Bankverein	64.—	69.—
Württbg. Notenbank	—.—	—.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	1365.	—.—
Gelsenkirchen	1370.	1310.
Harpener	3200.	2975.
Laurahütte	2050.	2095.
Aschaff. Zellstoff	890.—	885.—
Grün & Bilfinger	—.—	627.—
Zementw. Heidelberg	729.—	710.—
Bad. Anilin	810.—	805.—
Scheidenanstalt	1020.	1008.
Höchster Farben	730.—	716.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	300.—	364.—
Gebr. Junghans	472.—	460.—
Adler & Oppenheimer	1480.	1495.
B. Masch. Badenia	550.—	552.—
Maschfabr. Durlach	900.—	868.—
Maschfabr. Gritzner	1370.	1350.
Haid & Neu	780.—	750.—
Maschfabr. Karlsruhe	—.—	795.—
Oberursel	—.—	—.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	450.—	450.—
Elsässer Baumwolle	955.—	1000.
Spinnerei Ettlingen	1303.	—.—
Uhrenfabr. Furtwang.	950.—	—.—
Waggon-Fabrik Fuchs	582.—	590.—
Zellstoff Waldhof	720.—	701.—
Zuckerfabr. Waghäusel	710.—	702.—
Zuckerfabr. Frankenth.	699.—	699.—
Benz Motoren	515.10	510.00
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	705.—	690.—

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	25. Juli	26. Juli
5% I Dtsch. Schatzanw.	—.—	—.—
5% II „ „	—.—	—.—
5% III „ „	101.50	100.—
4½ IV—V „	87.30	87.30
4½ VI—IX „	73.25	73.25
4½ 1924er „	95.30	95.25
5% Deutsch. Reichsanl.	77.50	77.50
4% „ „	117.25	117.—
3½% „ „	90.—	91.70
3% „ „	200.—	200.—
Deutsche Prämienanl.	79.40	79.40
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 1922	99.50	99.50
4% Preußische Konsols	80.—	81.50
3½% „ „	67.60	67.30
3% „ „	76.—	75.50
4% Bad. Staatsanl. 08/14	73.—	73.50
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	450.—	460.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	1825.	2190.
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	4000.
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	1590.	—.—
Deutsch-Australien	510.—	511.—
Hamburger Paketfahrt	442.50	445.—
Hambg.-Südamerika	775.—	775.—
Hansa D.-Schiffahrt	385.—	376.—
Norddeutscher Lloyd	327.—	324.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges.	522.—	522.—
Darmstädter Bank	270.—	270.—
Deutsche Bank	470.—	470.—
Diskonto-Commandit	393.—	389.—
Dresdener Bank	290.—	282.—
Nationalbank	273.—	273.—
Oesterr. Credit	84.50	89.50
Reichsbank	209.—	206.25

Industrie-Papiere	25. Juli	26. Juli
Accumulatoren	1330.	1340.
Adlerwerke	465.—	461.—
Alexanderwerke	448.—	431.—
A. E. G.	750.—	731.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	1725.	1705.
Augsburg-Nürnberg	902.—	904.—
Badische Anilin	815.—	795.—
Bergmann Elektrizität	580.—	551.—
Berl. Anh. Maschinen	545.—	510.—
Berliner Maschinen	1042.	1015.
Bing Nürnberg	522.—	518.25
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	1350.	1340.
Gebrüder Böhler	—.—	2600.
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	805.—	790.—
Chem. Grießheim	794.—	755.—
Chem. Albert	1485.	1465.
Daimler Motoren	425.—	419.50
Dessauer Gas	552.—	541.—
Deutsch-Luxemburg	1255.	1215.
D. Eisenbahn S. W.	510.—	505.—
Deutsch Erdöl	2425.	2325.
Deutsches Kali	1945.	1875.
Deutsche Waffen	1551.	1535.
Deutsch Eisenh.	575.—	575.—
Dynamit Trust	705.—	681.—
Elberfelder Farben	730.—	721.—
Eschweil. Bergwerke	899.—	930.—
Feldmühle Papier	600.—	585.—
Felten & Guilleaume	821.—	810.—
Filter Brautechnik	1825.	1810.
Gaggenau	—.—	760.—
Gasmotoren Deutz	—.—	—.—
Gelsenkirchen	1360.	1330.
Genschow	601.—	600.—
Goldschmidt	955.—	928.—
Gritzner Maschinen	1280.	1330.
Hannover Maschinen	4650.	4800.
Hannover Waggon	652.—	635.—
Harpener	3125.	3025.
Haaser Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	830.—	800.—
Höchster Farben	727.—	711.—
Hösch Eisen	1516.	1450.

	25. Juli	26. Juli
Hohenlohe	815.—	801.—
Kali Aschersleben	1160.	1140.
Maschfabr. Karlsruhe	810.—	805.—
Ver. Köln.-Rottweil	830.—	810.—
Kostheimer Cellulose	780.—	770.—
Kyffhäuser	401.—	400.—
Lahmeyer Co.	385.25	380.—
Laurahütte	2045.	2050.
Lindes Eismaschinen	650.—	610.—
Ludwig Löwe	1005.	995.—
Lothringer Zement	681.—	682.—
Mannesmann.	1198.	1185.
Oberschl. Eisenb.-Bed.	900.—	870.—
Oberschl. Eisenindustr.	700.—	681.—
Oberschl. Kokswerke	1640.	1630.
Orenstein & Koppel	1100.	1060.
Phönix Bergwerke	1480.	1430.
Rheinisch Metall	445.—	430.—
Rheinisch Stahl	1405.	1380.
Rombacher Hütte	595.—	560.—
Rütgerswerke	700.—	700.—
Sachsenwerke	498.—	498.—
Schuckert & Co.	800.—	765.—
Siemens & Halske	1150.	1106.
Sinner Brauerei	645.—	620.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1550.	1515.
Stollberger Zink	1175.	1150.
Türkischer Tabak	—.—	—.—
Varziner Papier	790.—	775.—
Vereinigt. D. Nikel	—.—	1300.
Vereinigt. Glanzstoff	2530.	2410.
Vereinigt. Stahl Zypen	4000.	3900.
Wanderer Fahrrad	1525.	1475.
Westeregeln Alkali	1551.	1575.
Zellstoff Waldhof	702.—	702.—
Otavi Minen	—.—	—.—
Otavi Genuß	—.—	—.—
Deutsche Petroleum	2267.	2250.
Pomona	17500	20000.
Kollmar & Jourdan	1200.	1200.
Hacketal Draht	—.—	650.—
Lothringer Hütten	938.—	952.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 26. Juli.

	25. Juli. Geld	25. Juli. Brief	26. Juli. Geld	26. Juli. Brief
Brüssel	3996.—	4004.—	4045.90	4054.10
Holland	19555.40	19594.60	20067.40	20107.60
London	2250.20	2254.80	2300.—	2304.80
Paris	4265.70	4274.30	4270.20	4279.30
Schweiz	9565.40	9584.60	9752.70	9772.30
Spanien	7862.10	7877.90	7992.—	8008.—
Italien	2330.10	2334.90	2352.60	2357.40
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	10751.70	10773.30	11101.30	11123.70
Norwegen	8454.—	8471.—	8666.30	8683.70
Schweden	13024.40	13050.60	13386.60	13413.40
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	501.40	502.60	514.90	516.10
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.39	1.43	1.43	1.47
Budapest	33.08½	33.16½	33.84½	33.91½
Prag	1153.80	1156.20	1181.30	1183.70

w. Berlin, 26. Juli.

	25. Juli. Geld	25. Juli. Brief	26. Juli. Geld	26. Juli. Brief
Amsterdam	19525.55	19574.45	19950.—	20000.—
Brüssel	3985.—	3995.—	4044.90	4055.10
Christiania	8414.45	8435.55	8579.10	8700.90
Kopenhagen	10761.50	10788.50	11076.10	11103.40
Stockholm	13008.75	13041.30	13383.25	13416.75
Helsingfors	1029.70	1032.30	1065.65	1068.35
Italien	2322.05	2327.95	2352.05	2357.95
London	2232.20	2237.80	2292.50	2297.—
Newyork	499.35	500.63	513.65	514.65
Paris	4222.20	4232.80	4269.65	4280.35
Schweiz	9538.05	9561.95	9742.80	9767.20
Spanien	7765.25	7804.75	7950.05	7969.95
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	1.45½	1.49½	1.43	1.47
Prag	1137.55	1140.45	1193.50	1196.50
Budapest	32.75	32.85	33.70	33.80
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	324.55	325.45	330.55	331.45
Buenos-Aires	182.75	183.25	188.50	189.—
Japan	238.50	239.50	243.50	244.50
Rio de Janeiro	68.16	68.34	69.41	69.59

Abenddevisen.

Frankfurt, 26. Juli.

Brüssel	4150	Paris	4275
Holland	20100	Italien	—
London	2300	Neuyork	516
Schweiz	9800		

Tendenz: fest.

w. Zürich, 26. Juli.

	25. Juli	26. Juli
Holland	204.80	204.60
Deutschland	1.05	1.03
Wien	0.01¾	0.01¾
Prag	11.60	12.25
Paris	44.34½	43.75
London	23.44	23.43
Italien	24.32½	24.10
Brüssel	42.—	41.50
Budapest	0.32½	0.35
Newyork	525.50	526.50
Agram	1.62½	1.70
Warschau	0.08½	0.08½
Kopenhagen	113.—	113.—
Stockholm	136.50	136.50
Christiania	88.25	88.25
Madrid	81.85	81.80
Buenos-Aires	189.50	190.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	a) vorbörsl.	b) nachbörsl.
Holland	198 — 202	198 — 201
Schweiz	9700 — 9950	9700 — 9850
Paris	4200 — 4300	4250 — 4300
Belgien	4000 — 4100	4050 — 4100
London	2270 — 2320	2280 — 2310
Neuyork	506 — 522	510 — 520
Italien	2325 — 2400	2350 — 2400
	Tendenz: schwankend.	Tendenz: schwankend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg